

## 35

## Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

Z A 5-7.A/66

7. Februar 1966<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 7. Februar 1966 um 10.30 Uhr im Quai d'Orsay ein Gespräch mit dem französischen Außenminister Couve de Murville.

Nach der Begrüßung erwähnte Herr *Couve de Murville* im Zusammenhang mit einer seiner Ost-Asien-Reisen, er habe im April 1964 anlässlich einer SEATO-Sitzung auf den Philippinen die jetzige Entwicklung in Südost-Asien vorausgesagt.<sup>2</sup> In der Zwischenzeit sei alles genau so eingetreten, wie er es damals vorausgesehen habe.<sup>3</sup>

Der Herr *Minister* griff diese Bemerkung auf und fragte seinen französischen Kollegen nach dessen jetziger Auffassung zu der Vietnam-Frage.

Herr *Couve de Murville* antwortete, seiner Auffassung nach werde der Krieg noch lange dauern. Im wesentlichen gehe es darum, ob der Krieg auch auf China ausgedehnt werde. Es stehe bereits so gut wie fest, daß er sich nach Laos und Thailand ausbreiten werde. Die Amerikaner hätten Flugzeugstützpunkte in diesem letzteren Land, so daß auch hier, im nördlichen Gebiet, in absehbarer Zeit mit einem Guerilla-Krieg zu rechnen sei. Dies würde dann die zweite Front. Es stelle sich nunmehr die Frage, ob eine dritte Front gegen China hinzukommen werde, was zu einem großen Krieg führen würde.

Der Herr *Minister* bemerkte, man müßte wissen, welches die wirklichen Überlegungen und Absichten der Sowjets in diesem Zusammenhang seien.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 10. Februar 1966 gefertigt. Ein Durchdruck wurde zusammen mit der Aufzeichnung über das Gespräch des Bundesministers Schröder vom 8. Februar 1966 mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 17. Februar 1966 von Ministerialdirigent Simon an Staatssekretär Carstens weitergeleitet. Dazu vermerkte Simon auf einer Begleitnotiz: „Die Aufzeichnungen sind vom Herrn Minister noch nicht durchgesehen worden. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob jede Nuance der Ausführungen des Herrn Ministers zur Abrüstungskonferenz [...] zutreffend wiedergegeben ist. Aus diesem Grund halte ich eine Verteilung des Protokolls an die Abteilungen des Hauses vorerst nicht für zweckmäßig. Die Aufzeichnung über das Gespräch am 8. Februar 1966 ist die wichtigere.“  
Hat Carstens am 20. Februar 1966 vorgelegen.  
Hat Schröder am 14. April 1966 vorgelegen.

<sup>2</sup> Die Ministerratstagung fand vom 13. bis 15. April 1964 in Manila statt. Der französische Außenminister Couve de Murville kritisierte die Vietnampolitik der USA und äußerte seine Überzeugung, daß sich der Krieg auf die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) und auf die Volksrepublik China ausweiten werde. Er sprach sich für eine Neutralisierung Vietnams aus, die auf dem Verhandlungsweg zu erreichen sei. Schließlich verweigerte Couve de Murville als einziger Teilnehmer die Unterzeichnung des Kommuniqués, in dem die amerikanische Vietnampolitik unterstützt wurde. Vgl. dazu COUVE DE MURVILLE, *Politique Étrangère*, S. 127 f. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 15. April 1964 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 50, 1964, S. 692 f.

<sup>3</sup> Zum Vietnam-Krieg vgl. auch Dok. 2.

Zur amerikanischen Vietnampolitik vgl. auch Dok. 49, Anm. 3.

<sup>4</sup> Zur sowjetischen Vietnampolitik führte Referat II A 4 in einem Beitrag für die Konferenzmappe des Bundesministers Schröder zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 7./8. Februar 1966 aus: „Die sowjetische Politik in der Vietnam-Frage wird durch zwei Faktoren beein-

Herr *Couve de Murville* erwiderte, er halte es für einen absoluten Fehler, wie man dies in den USA tue, in den Sowjets die Protagonisten dieser Angelegenheit zu sehen. Die Sowjetunion habe keine nationalen Interessen in Vietnam; sie habe nicht den Wunsch, sich dort festzusetzen. Es sei zwar eine Tatsache, daß Nord-Vietnam eine kommunistische Regierung habe: Ho Chi Minh sei ein echter Klient Rußlands. Er habe in Moskau gearbeitet.<sup>5</sup> Aber auch dies sei nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Wichtig sei vielmehr, daß Nord-Vietnam an China angrenze und infolgedessen China hier ein nationales Interesse habe. Dieses nationale Interesse liege wiederum nicht in Vietnam selbst, sondern müsse im Zusammenhang mit der militärischen und politischen Präsenz der USA in diesem Gebiet betrachtet werden. Rußland habe nur ein Interesse, und zwar, daß die Einflußsphäre Chinas sich nicht weiter, also auch nicht nach Vietnam ausdehne. Aus diesen verschiedenartig gelagerten Interessen setze sich der Wunsch nach „Neutralität“ in diesem Teil der Welt zusammen. Es sei demnach ein Fehler, wenn man die Vietnam-Frage als Auseinandersetzung zwischen den USA und Rußland betrachte. Vielmehr handele es sich um eine Auseinandersetzung zwischen den USA und China, die in Vietnam ausgetragen werde. Er glaube, daß die Russen ein Ziel im Auge hätten, und zwar die Beendigung des Krieges. Sollte der Krieg andauern, so würde mit der Zeit die Gefahr seiner Ausdehnung nach China immer größer werden, und dann käme Rußland in eine schwierige Lage. Es bestehe ein Widerspruch insofern, als Rußland und China nationale Feinde und gleichzeitig beide kommunistische Länder seien – wenn dies auch in sich kein eigentlicher Gegensatz sei. Da es sich aber in beiden Fällen um kommunistische Länder handele, müsse Rußland vorsichtig sein: solange noch die Fiktion einer „kommunistischen Welt“ aufrechterhalten werde, könne Rußland sich nicht als weniger kommunistisch ausgeben als China.

Der Herr *Minister* erklärte, er könne den meisten Gedanken seines französischen Kollegen folgen. Man müsse die Dinge aber auch vom anderen Ende aus betrachten und die Frage stellen, wer denn wirklich gegen die Neutralisierung Vietnams sei. Falls niemand dagegen sei, stelle sich die Frage, welches Hindernis sich einer Unterhaltung über dieses Thema entgegenstelle.

*Couve de Murville* sagte, die Antwort laute, daß heute oft die gleichen Worte benutzt würden, ihnen jedoch eine unterschiedliche Bedeutung beigemessen werde. Alle sprächen sich für die Genfer Vereinbarung von 1954<sup>6</sup> aus; jeder le-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 159*

flußt: a) durch chinesische Propaganda im kommunistischen Block und der ungebundenen Welt; b) durch das sowjetische Bestreben, eine direkte Konfrontation mit den USA zu vermeiden. Die Sowjets dürften an einer Eskalation des Vietnam-Konflikts nicht interessiert sein, da sie eine militärische Konfrontation mit den USA vermeiden wollen. Eine Lösung des Vietnam-Konflikts, die die Einflußsphäre Rotchinas weiter vergrößern würde, liegt ebenfalls nicht im Interesse der Sowjets. Der Vietnam-Konflikt hat daher zu einer gewissen Beeinträchtigung des Bewegungsspielraums der UdSSR geführt: einerseits sowjetische Besorgnis vor einer Zunahme des Einflusses Pekings auf das kommunistische Lager und die Dritte Welt; andererseits die Notwendigkeit, eine direkte Konfrontation mit den USA zu vermeiden.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 21. Januar 1966; VS-Bd. 8429 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. auch Dok. 21, Anm. 63.

<sup>5</sup> Ho Chi-Min hielt sich 1923/24 und erneut von 1934 bis 1940 in Moskau auf.

<sup>6</sup> Vom 26. April bis 21. Juli 1954 fand in Genf eine Konferenz über Indochina statt, bei der der sowjetische Außenminister Molotow und der britische Außenminister Eden abwechselnd den Vorsitz führten. Beschlossen wurden ein Waffenstillstand für Indochina, die Gründung der unabhängigen

ge sie aber in seinem eigenen Sinn aus. Nach Auffassung der amerikanischen Regierung entspreche es dem Geist der Genfer Vereinbarungen, daß in Süd-Vietnam eine Regierung sitze, die mit Amerika befreundet sei. Auf französischer Seite sei man der Auffassung, daß je weiter der Krieg sich entwickle und je länger er andauere, desto größer die Aussicht werde, daß sich der chinesische Einfluß in Vietnam ausbreite und daß dort eine kommunistische Regierung an die Macht kommen werde. Diese Möglichkeit lasse sich heute viel deutlicher erkennen; bis zu ihrer Verwirklichung könne es noch ein, zwei oder drei Jahre dauern. Auf französischer Seite sei man ferner der Auffassung, daß es nicht möglich sei, in Vietnam eine Regierung mit Gewalt am Ruder zu halten. Frankreich habe dies sieben Jahre lang versucht und Krieg geführt<sup>7</sup>; die Vereinigten Staaten seien in der gleichen Lage. Das einzige, was man zur Zeit von außen tun könne, sei, internationale Voraussetzungen zu schaffen, damit Vietnam nicht zu einer Gefahr für den Weltfrieden werde. Bei derartigen internationalen Vereinbarungen spiele die Frage des Kräftegleichgewichts immer die Hauptrolle.

Der Herr *Minister* führte aus, wenn er richtig verstehe, seien nach der Einstellung der Bombardierungen eine Fülle von Friedensführern nach Hanoi ausgestreckt worden.<sup>8</sup> Er fragte seinen französischen Kollegen, welches in dessen Augen die wesentlichen Gründe dafür seien, daß es bisher zu keiner Konferenz gekommen sei. Es seien von kommunistischer Seite (Nord-Vietnam, Vietcong, Sowjetunion) Vorbedingungen gestellt worden<sup>9</sup>, darunter die Räumung Süd-Vietnams durch die amerikanischen Truppen. Er frage sich, welches nach französischer Sicht die Haupthindernisse für das Zustandekommen von Verhandlungen seien.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 160*

Staaten Laos und Kambodscha sowie die Trennung Nord- und Südvietnams als Interimlösung für Vietnam. Für den Wortlaut der Schlußakte vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6822–6824.

<sup>7</sup> Bei dem Versuch, nach dem Zweiten Weltkrieg die Kontrolle über Indochina wiederherzustellen, führte Frankreich von 1946 bis 1954 Krieg gegen die kommunistischen Verbände der Vietminh. Nach der Niederlage bei Dien Bien Phu am 7. Mai 1954 zog Frankreich seine Truppen gemäß den Beschlüssen der Genfer Indochina-Konferenz zurück und übergab am 10. Februar 1955 das militärische Kommando den südvietnamesischen Behörden.

<sup>8</sup> Zur Einstellung bzw. der Wiederaufnahme der Bombardierung von Zielen in der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) und zu den amerikanischen Friedensbemühungen vgl. Dok. 2, Anm. 7 und 10.

<sup>9</sup> Am 24. Januar 1966 wies Präsident Ho Chi Minh in einem Schreiben an 60 Staatsoberhäupter die amerikanischen Friedensbemühungen „als ein Manöver zur Verschleierung der Ausweitung des Krieges“ zurück. Er fügte dem Schreiben die nordvietnamesische 4-Punkte-Erklärung des Ministerpräsidenten Pham Van Dong vom 8. April 1965 bei, in denen der Abzug der amerikanischen Truppen, ein Verbot militärischer Bündnisse für beide Zonen Vietnams, die Regelung der inneren Angelegenheiten der Republik Vietnam (Südvietnams) „in Übereinstimmung mit dem Programm der Südvietnamesischen Befreiungsfront“ und die friedliche Wiedervereinigung des Landes als Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten formuliert waren. Zugleich bekräftigte Ho Chi Minh, die USA müßten die Vietcong „als die einzige echte Vertretung des südvietnamesischen Volkes anerkennen“. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, Z 31. Für den Wortlaut der Erklärung vom 8. April 1965 vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 448 (Auszug).

Vom 7. bis 13. Januar 1966 hielt sich eine sowjetische Delegation unter Leitung des Mitglieds des Präsidiums des ZK der KPdSU, Schelepin, in der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) auf. In einem Kommuniqué bekräftigte die UdSSR ihre Unterstützung für die nordvietnamesische Regierung im Kampf gegen die „amerikanischen Imperialisten“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, Z 23.

*Couve de Murville* erwiderte, der Herr Minister habe von Friedensführern und Kontakten gesprochen. In Wirklichkeit aber hätten keine Kontakte zwischen den Kriegführenden selbst – den USA einerseits und den Chinesen, Nord-Vietnamesen und Süd-Vietnamesen andererseits – stattgefunden. Dies sei das Kennzeichnende an der Lage in Vietnam. Die Einstellung der Bombardierungen sei auf Grund einer einseitigen Entscheidung der USA beschlossen worden. Es seien aber weder vorher noch nachher Kontakte mit den Gegnern aufgenommen worden. Die Lage sei völlig unrealistisch: nach außen hin, vor der Öffentlichkeit, werde der Anschein erweckt, daß es zu Annäherungsversuchen gekommen sei. In Wirklichkeit hätten aber keinerlei Fühlungen stattgefunden. Nord-Vietnam habe die Vier Punkte von Phann Van Dong vorgetragen, wozu auch die Räumung Süd-Vietnams durch die amerikanischen Truppen gehöre. Aber diese Räumung sei das Ziel und nicht eine Vorbedingung für die Verhandlungen. Dies sei bestätigt und in Washington bereits mehrmals mitgeteilt worden, zunächst im Mai 1965 durch Frankreich. Nord-Vietnam habe der französischen Seite mitgeteilt, daß die oben erwähnte Auslegung die korrekte Interpretation des nord-vietnamesischen Standpunktes sei. Die französische Regierung habe Washington davon verständigt, daß die Nord-Vietnamesen ihr gegenüber erklärt hätten, die Räumung Vietnams durch die amerikanischen Truppen sei zwar eines der Ziele, aber nicht eine Vorbedingung für Verhandlungen. In der Zwischenzeit sei dies wiederholt und von verschiedenen Seiten bestätigt worden. Im vergangenen Mai habe im übrigen die erste Unterbrechung der Bombardierungen<sup>10</sup> stattgefunden.

Der Herr *Minister* stellte die Frage nach dem wirklichen Schlüsselpunkt dieses ganzen Problems.

Minister *Couve de Murville* antwortete, die Dinge seien recht kompliziert wegen der verschiedenartigen Standpunkte. Unter den Gegnern der Vereinigten Staaten befinde sich China in einer recht komfortablen Position. Man sehe, daß die Vereinigten Staaten sich immer stärker in Vietnam engagierten, daß sie immer mehr Truppen in das Land entsendeten und stets größere Ausgaben hätten, ohne jedoch zu einem Ergebnis zu kommen. Er glaube, daß man in China große Genugtuung darüber empfinde, daß Amerika dabei sei, sich in Vietnam festzufahren. Mit einem militärischen Sieg rechne man in China nicht. Dies bedeute einen Fehlschlag für die USA und somit einen Erfolg für China. Allerdings ergebe sich auch für China ein Risiko: und zwar, daß der Krieg sich auch auf chinesischen Boden ausdehne (Bombardierungen usw.). China sei aber bereit, dies hinzunehmen. Es halte eine derartige Entwicklung für unvermeidlich in den kommenden Jahren. Es sei also durchaus zufrieden, wenn der Krieg in der jetzigen Form fortgeführt werde.

Für Nord- und Süd-Vietnam zusammen betrachtet gelte nicht das gleiche. Diese Länder hätten die Leiden und das Elend des Krieges am eigenen Leib kennengelernt, viele Vietnamesen seien getötet worden, ausgebombt, oder hätten sonstige schreckliche Schäden erlitten. Sie seien daher nicht grundsätzlich gegen eine Beendigung des Krieges und die Einleitung von Verhandlungen. Da sie aber viel Unglück erfahren hätten – seit nunmehr 25 Jahren – und sehr

<sup>10</sup> Die USA stellten vom 13. bis 18. Mai 1965 die Bombenangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) vorübergehend ein. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 121 f.

mutig seien, seien sie nicht bereit, Verhandlungen in Aussicht zu nehmen, ohne die Zusicherung, daß sie dadurch ihre echte Unabhängigkeit erlangen würden. Aus diesen Gründen seien sie so schwierig und mißtrauisch. Dieses Mißtrauen gelte insbesondere für die Politik der USA, die in Wahrheit niemand genau kenne. Das eigentliche Kriegsziel der Amerikaner sei bisher nie klar herausgestellt worden. In ganz Vietnam sei man überzeugt, daß die Amerikaner im Lande bleiben wollten – wenn auch nicht militärisch, so doch politisch – und daß sie nur bereit seien, eine Regierung in Saigon zu dulden, die sie, wie die Regierung Diem, in der Hand hätten. Hierin sei der Kernpunkt der Angelegenheit zu sehen.

Der Herr *Minister* erklärte, es sei schwierig zu sehen, was Außenstehende in dieser Situation tun könnten. Herr *Couve de Murville* pflichtete ihm bei.

Der Herr *Minister* führte in diesem Zusammenhang ferner aus, daß Deutschland Vietnam eine gewisse humanitäre Hilfe leiste, daß es bereit sei, ein Hospitalschiff dorthin zu entsenden und daß überlegt werde, ob sich noch andere humanitäre Möglichkeiten böten.<sup>11</sup> In einer Übersicht<sup>12</sup> habe er gesehen, daß Frankreich zur Zeit eine Menge für Süd-Vietnam tue. Er fragte Couve de Murville, wie sich diese Maßnahmen aus französischer Sicht darstellten.

Der *französische Außenminister* bestätigte, daß Frankreich in Süd-Vietnam noch eine ganze Reihe von Einrichtungen habe, wie Schulen, Gymnasien, Krankenhäuser, Vorhaben auf dem Gebiet der technischen Hilfe, die alle fortgeführt würden. Zum Teil erkläre sich dies durch die Macht der Gewohnheit. Frankreich habe nicht den Wunsch, die erwähnten Maßnahmen einzustellen, denn sie seien nützlich, nicht aus militärischen, wohl aber aus menschlichen und sozialen Gründen. Die Franzosen hätten auch eine gewisse Sympathie für die Bevölkerung von Vietnam und wollten daher die Verbindung aufrechterhalten. Auch wenn Frankreich keine diplomatische Mission mehr in Saigon habe, weil die dortige Regierung die Beziehungen abgebrochen habe<sup>13</sup>, so gebe es doch weiterhin ein Konsulat. Über den Abbruch der Beziehungen würde sich die französische Regierung im übrigen trösten, da sie die jetzige süd-vietnamesische Regierung<sup>14</sup> für nicht sehr repräsentativ halte.

Auf eine Frage des Herrn *Ministers* erläuterte Couve de Murville, daß sich die oben genannten Maßnahmen grobenteils auf die Landwirtschaft erstreckten: so seien z. B. die Gummipflanzungen weitgehend in französischen Händen.

Der Herr *Minister* führte aus, er teile – leider – die Meinung seines französischen Kollegen, wonach der Krieg noch lange dauern werde, mit all den Gefahren, die dies mit sich bringe. Dies gelte auch für die Äußerung Couves über den Versuch der Vereinigten Staaten, den Krieg regional zu begrenzen, es nicht zu

<sup>11</sup> Zur Entsendung eines Hospitalschiffes nach Vietnam vgl. Dok. 39.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 4.

<sup>13</sup> Die Republik Vietnam (Südvietnam) brach am 24. Juni 1965 die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ab. Außenminister Tran Van Do begründete den Schritt mit dem Hinweis, daß die französische Regierung „ständig direkt oder indirekt den Feinden Vietnams helfe“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 136.

<sup>14</sup> Nach dem Rücktritt der Regierung des Ministerpräsidenten Phan Huy Quat am 12. Juni 1965 übernahm das südvietnamesische Militär die Exekutivgewalt. Am 16. Juni 1965 bildete General Nguyen Cao Ky eine neue Regierung. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 137.

einer Ausweitung kommen zu lassen. Zur Frage, wie weit Rotchina intensiver in diese Sache hineinkommen werde, glaube er ebenfalls, daß niemand etwas sagen könne. Was ihn mit einer gewissen Sorge erfülle, seien die möglichen Auswirkungen des Vietnam-Krieges auf Europa, Auswirkungen teils indirekter, teils psychologischer Art. Es sei von großem Interesse, welche direkten und indirekten Folgen dieser Konflikt auf das weitere Verhalten der USA gegenüber Europa haben werde. Auf der letzten NATO-Rat-Sitzung habe Verteidigungsminister McNamara erklärt, die USA hätten nicht die Absicht, ihr der NATO in Europa zur Verfügung gestelltes Potential zu kürzen.<sup>15</sup> Dies sei wichtig. Es sei von beträchtlichem Interesse für Europa, ob die Amerikaner diese Zusage einhalten könnten oder nicht. Für Deutschland stelle sich das Problem mit besonderem Nachdruck, weil dort ein bedeutender Teil dieses Potentials eingesetzt sei. Bisher seien seitens der USA keine anderen Erklärungen abgegeben worden, außer der genannten Erklärung im Minister-Rat der NATO. Man verfolge in Deutschland, wie auch sonst in der Welt, mit großer Aufmerksamkeit die Diskussionen im Kongreß und in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten. Es sei sehr gut zu verstehen, daß das Interesse eines Volkes durch militärische Kampfhandlungen emotionell schneller und stärker erfaßt werde als im Falle eines Engagements friedlicher Art. Er mache sich daher gelegentlich Sorgen über die inneramerikanische Diskussion.

Herr Minister *Couve de Murville* sagte, er sei einverstanden mit dem Herrn Minister, wenn dieser sage, die USA hätten nicht den Wunsch, den vietnamesischen Konflikt auszuweiten und es zu einem eigentlichen Krieg – einem Krieg gegen China – kommen zu lassen. Er sei ebenfalls der Auffassung, daß die Amerikaner den Konflikt begrenzen möchten. Die von dem Herrn Minister geäußerten Sorgen über die Folgen des Vietnam-Krieges für Europa und insbesondere für die Aktivität der USA in Europa lägen klar auf der Hand und seien gerechtfertigt. Wie der Herr Minister sei er ebenfalls der Auffassung, wesentlich sei in diesem Zusammenhang die innerpolitische Stimmung in den Vereinigten Staaten, die Reaktion der öffentlichen Meinung und die Frage, ob die Regierung Schwierigkeiten mit dem Kongreß und der Öffentlichkeit habe, falls sie die militärischen Operationen in Vietnam fortsetze. Insbesondere spielten hierbei die Auswirkungen auf den Staatshaushalt durch die erhöhten Ausgaben eine Rolle, wie auch die erhöhte Zahl der Einberufungen zum Militärdienst.<sup>16</sup> Sollten die Reaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit auf zu große Mobilisierungsmaßnahmen und gegen eine erhöhte Inanspruchnahme des Haushalts zu stark sein, so könnte dies in der Tat Auswirkungen auf den militärischen Einsatz der USA in Europa haben.

<sup>15</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 14. bis 16. Dezember 1965 in Paris vgl. AAPD 1965, III, Dok. 473.

Der amerikanische Verteidigungsminister McNamara erklärte am 15. Dezember 1965, „daß trotz der Belastung in Vietnam an einen Abzug amerikanischer Einheiten aus dem NATO-Bereich nicht gedacht sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1774 des Ministerialdirektors Krapf, z. Z. Paris (NATO); VS-Bd. 8495; B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>16</sup> Am 20. Dezember 1965 erklärte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara gegenüber Bundesminister Schröder, die USA planten, „in der nächsten Zeit etwa 5 bis 600 000 amerikanische Soldaten einzuberufen, wodurch das Verteidigungsbudget in dramatischer Weise wachse. Pro Jahr werde dies zumindest eine Steigerung von 10 bis 12 Milliarden Dollar bedeuten.“ Vgl. AAPD 1965, III, Dok. 467.

Der Herr *Minister* ging sodann zum Thema der Genfer Abrüstungskonferenz<sup>17</sup> über. Wenn er die Sachlage richtig beurteile, sei die französische Haltung zu dieser Konferenz die gleiche geblieben, d.h. die französische Regierung habe den Platz, der für sie offen gehalten worden sei, nicht eingenommen.<sup>18</sup> Es sei aber ganz offensichtlich und natürlich, daß Frankreich, wie alle anderen Länder, die Vorgänge in Genf mit großem Interesse verfolge, nicht zuletzt, weil die Plenarversammlung der Vereinten Nationen den Auftrag der Konferenz verlängert habe.<sup>19</sup> Hieraus sei die Bedeutung ersichtlich, die diesen Beratungen beigemessen werde. Die deutsche Regierung sei an den Genfer Verhandlungen sehr interessiert, wenn sie auch nicht zu den Konferenzteilnehmern zähle. Wenn man die derzeitigen Geschehnisse in Genf betrachte, stelle man fest, daß die Frage der Nicht-Proliferation im Mittelpunkt der Beratungen stehe. Er glaube, daß in diesem Zusammenhang die Botschaft von Interesse sei, die Kossygin vor einigen Tagen an die Konferenz gerichtet habe.<sup>20</sup> Nach deutscher Auffassung gehe man hiermit zum ersten Mal auf die Probleme ein, die von den nicht-nuklearen Teilnehmern der Konferenz aufgebracht worden seien und beschäftige sich mit dieser Frage. Zugunsten der Nicht-Nuklear-Mächte schlage Kossygin eine Nicht-Angriffserklärung z. B. seitens der Sowjetunion vor, unter der Voraussetzung, daß auf dem Gebiet der Nicht-Nuklear-Mächte keine anderen Atomwaffen lagerten, und zwar unabhängig davon, ob es sich um Mitglieder eines Bündnisses handele oder nicht. In diesem Zusammenhang habe er zwei Fragen an seinen französischen Kollegen. Erstens erführe er gerne, welches die französischen Betrachtungen zu dem früheren Projekt einer Nicht-Angriffserklärung oder eines Nicht-Angriffspaktes zwischen der NATO und den Warschau-Pakt-Ländern<sup>21</sup> seien. Zweitens würde es ihn interessieren, die französischen Ansichten über ein Nicht-Verbreitungsabkommen zu hören. Was die erste Frage betreffe, so liege es vom europäischen Standpunkt aus betrachtet nahe, daß tatsächlich ein Nicht-Angriffspakt zwischen der NATO und dem Warschau-Pakt eventuell eine bessere Lösung sein könnte als eine russische Nicht-Angriffserklärung. Die deutschen Betrachtungen, die seinerzeit zu

<sup>17</sup> Zum Stand der Verhandlungen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vgl. Dok. 50.

<sup>18</sup> Frankreich lehnte am 5. März 1962 die Teilnahme an der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission ab. Für die Erklärung des französischen Außenministeriums vgl. LE MONDE, Nr. 5641 vom 7. März 1962, S. 6.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der UNO-Resolution Nr. 2031 vom 3. Dezember 1965 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. X, S. 104.

<sup>20</sup> Zum Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 1. Februar 1966, der am folgenden Tag veröffentlicht wurde, vgl. Dok. 50.

<sup>21</sup> Der Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt wurde von Ministerpräsident Bulganin am 21. Juli 1955 während der Genfer Gipfelkonferenz erstmals unterbreitet und u. a. am 7. Dezember 1964 von Außenminister Gromyko in Verbindung mit einem Memorandum über Maßnahmen zur weiteren internationalen Entspannung sowie zur Einschränkung des Wettrüstens der UNO-Generalversammlung erneut vorgelegt. Vgl. dazu DzD III/1, S. 191–195. Vgl. dazu ferner EUROPA-ARCHIV 1965, D 204–210.

Am 9. April 1962 unterbreiteten die USA ihren Verbündeten einen Vorschlag für Verhandlungen mit der UdSSR über eine Beilegung der Berlin-Krise. Die amerikanische Regierung regte u. a. an, Nichtangriffserklärungen zwischen NATO und Warschauer Pakt abzugeben und eine Verpflichtung zu übernehmen, die bestehenden Grenzen nicht gewaltsam zu verändern. Vgl. dazu den Artikel von Sydney Gruson: „U.S. Draft Plan on Berlin Asks Peace Pledges“, THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38066 vom 14. April 1962, S. 1 f.; DzD IV/8, S. 412 f.

diesem Thema gemacht worden seien<sup>22</sup>, hätten noch heute mehr oder weniger Gültigkeit.

Herr *Couve de Murville* antwortete, der Herr Minister habe recht: die Genfer Abrüstungskonferenz sei in der Tat von verschiedenen Gesichtspunkten aus wichtig. Frankreich habe bekanntlich aus historischen Gründen nicht an dieser Konferenz teilgenommen, weil es von Beginn an klar gewesen sei, daß eines der Ziele der Verhandlungen der Abschluß eines Vertrages über das Verbot von Atomversuchen sein sollte. An einer derartigen Vereinbarung hätte Frankreich sich nicht beteiligen können. Das Schreiben Kossygin habe er noch nicht gründlich prüfen können und könne daher auch keine sehr präzisen Schlußfolgerungen daraus ziehen. Er halte diese Erklärung aber für wichtig. Sie sollte mit großer Sorgfalt geprüft werden. Was die vom Herrn Minister angeschnittene Frage eines möglichen Nicht-Angriffspaktes zwischen der NATO und dem Warschau-Pakt betreffe, so sei es amüsant, daß er im Oktober vergangenen Jahres in Moskau<sup>23</sup> von Mikojan auf dieses gleiche Thema angesprochen worden sei. In Moskau habe er die Dinge etwas bagatellisiert. Er habe scherzend gesagt, in Frankreich werde diese Frage nicht als seriös betrachtet, man halte es für ein Lippenbekenntnis, das nicht realistisch sei. Mikojan sei nicht zufrieden gewesen, als er – Couve – ihm zu verstehen gegeben habe, daß man dem Vorschlag in Frankreich nur geringe Bedeutung beimesse. Seiner Ansicht nach stecke in dem Vorschlag aber mehr als es den Anschein habe, und hierin gebe er dem Herrn Minister recht. Die westlichen Länder hätten aber immer einen Vorbehalt im Zusammenhang mit diesen Vorstellungen geäußert: die „DDR“ gehöre zu den Warschau-Pakt-Staaten, was zumindest zu einer zweideutigen Lage führen würde, obwohl sich auch hier eine Lösung würde finden lassen. Frankreich gehe aber davon aus, daß Deutschland der Hauptbeteiligte in dieser Angelegenheit sei wegen seiner Position in der Mitte zwischen Rußland und den anderen Staaten. Infolgedessen werde seine Regierung zunächst der deutschen Auffassung Rechnung tragen, ganz abgesehen von der erwähnten Schwierigkeit, die nicht zu unterschätzen sei. Es stelle sich in der Tat die Frage, ob sich nicht eines Tages eine Anregung der genannten Art nützlich erweisen könnte als Etappe auf dem Wege der Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West. Man sollte den Gedanken also nicht a priori beiseiteschieben, auch wenn der jetzige Moment für seine Weiterverfolgung nicht als günstig gelten könne. Auf jeden Fall erscheine es ihm schwierig, ein Gespräch hierüber mit den Russen in Aussicht zu nehmen, solange der Vietnam-Krieg andauere, Frankreich stehe aber, wie gesagt, dem Gedanken aufgeschlossen gegenüber und sei bereit, darüber zu sprechen, selbst wenn diese Vorstellung sich erst in einer fernerer Zukunft verwirklichen ließe und vorbehaltlich einer Regelung der Frage der „DDR“.

Der Herr *Minister* antwortete, er möchte in diesem Zusammenhang auf zwei Dinge hinweisen: 1) Dieses Thema sei mit den Sowjets auch anläßlich des Be-

<sup>22</sup> Zur Bewertung durch die Bundesregierung vgl. AAPD 1963, II, Dok. 317.

<sup>23</sup> Vom 28. Oktober bis zum 2. November 1965 reiste der französische Außenminister Couve de Murville nach Moskau. Vgl. dazu AAPD 1965, III, Dok. 413.



suchs von Staatssekretär Carstens in Moskau angesprochen worden.<sup>24</sup> Es scheine den Russen tatsächlich sehr daran zu liegen, da sie diese Frage bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder aufbrächten. Sie hätten gesagt, die Frage der Einbeziehung Pankows würde sich schon irgendwie regeln lassen. Dabei seien sie sich im klaren darüber, daß Pankow hierbei eine besondere Rolle spiele und in diesem Zusammenhang Schwierigkeiten bestünden, sie seien aber der Auffassung, daß sich diese Schwierigkeiten beilegen ließen. Die Tatsache, daß die Sowjets einen solchen Gedanken seit etwa 1955 immer wieder zur Sprache brächten, sei ein Beweis für das sehr große Interesse, das sie daran militärisch, wie auch politisch und psychologisch hätten. Er sei daher der Auffassung, daß man diese Vorschläge nicht außer acht lassen sollte. Man sollte sie vielmehr im Auge behalten, auch wegen des großen Interesses, das die Sowjets daran bekundeten. Der Herr Minister führte weiter aus, er teile die Meinung von Couve de Murville, daß dieser Gedanke von einer gewissen Nützlichkeit sein könnte, natürlich vorbehaltlich einer Regelung der Pankower Frage. Seine Mitarbeiter seien seit Jahren der Auffassung, daß die Pankow-Frage nicht vernachlässigt werden und nicht in schädlicher Weise behandelt werden dürfe. Es sei immerhin interessant, daß die Sowjets sagten, die in diesem Zusammenhang angemeldeten Bedenken könnten ausgeräumt werden. Dies sei ein Beweis für ihr echtes Interesse. Es seien zwar eine Fülle von Argumenten von deutscher und generell von westlicher Seite gegen einen solchen Nicht-Angriffspakt laut geworden. Diese Argumente wolle er hier nicht wiederholen, aber man sollte sie nicht gering schätzen. So werde z. B. entgegengehalten, auf militärischem und psychologischem Gebiet könnte ein falsches Sicherheitsgefühl entstehen, das unter Umständen mehr der anderen als der westlichen Seite dienen könnte. Vorbehaltlich einer Prüfung all dieser Argumente sei er aber der Auffassung, daß man diesen Gedanken im Auge behalten sollte.

Herr Minister *Couve de Murville* stimmte dem zu unter dem Vorbehalt, daß eine zufriedenstellende Lösung für die Pankow-Frage gefunden werden könne. Dies sei psychologisch und daher politisch von wesentlicher Bedeutung. Nur dann könne sich eine Entwicklung auf eine Entspannung hin abzeichnen. Er sehe nicht so sehr eine Gefahr in der Schaffung eines falschen Sicherheitsgefühls, sondern vielmehr in der Tatsache, daß ein derartiger Pakt nicht ernst genommen werde. Vielleicht gelte dies für den Westen noch mehr als für die Sowjets. Diese würden in der Tat nicht so oft auf den Gedanken zurückkommen, wenn sie ihn nicht für nützlich hielten.

Der Herr Minister wies darauf hin, daß man prüfen sollte, ob man hieraus nicht einen Nutzen ziehen könne.

<sup>24</sup> Zum Aufenthalt des Staatssekretärs Carstens vom 20. bis 27. September 1965 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 9.

Am 22. September 1965 verwies Carstens gegenüber dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kusnezow auf die Verbindung der Frage eines Nichtangriffspakts „mit der Frage der Anerkennung der ‚DDR‘. Die NATO-Staaten seien der Ansicht, es sei nicht möglich, einen Vertrag mit einer Staatengruppe zu schließen, von der ein Mitglied von ihnen nicht anerkannt werde. [...] Der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den beiden Paktssystemen würde sehr erleichtert, wenn die sowjetische Regierung bereit wäre, über die deutsche Frage zu sprechen.“ Vgl. AAPD 1965, III, Dok. 361.

Der *französische Außenminister* erklärte dann, daß seine Regierung – mit den gleichen Vorbehalten – keine grundsätzlichen Bedenken gegen ein Weiterverbreitungsabkommen habe. Allerdings müsse er offen sagen, daß er sich nicht vorstellen könne, wie die in Genf wieder begonnenen Erörterungen hierüber zu einem Ergebnis führen könnten, d.h. zu einer Einigung zwischen den beiden Hauptgesprächspartnern, Rußland und Amerika. Er wiederhole aber, daß Frankreich keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine Einigung in dieser Frage habe, selbst wenn man die Vorschläge nicht für sehr realistisch halte. Die Erfahrung habe immer wieder gezeigt, daß man bei derartigen Angelegenheiten nicht bereit sei, seinem Nachbarn zu Hilfe zu kommen. Er habe dies im übrigen Rusk selbst gesagt und dabei auf die negativen Erfahrungen hingewiesen, die Frankreich mit den USA gemacht habe. Rusk habe geantwortet, dies sei nicht immer so gewesen.

Der Herr *Minister* bestätigte, es gebe in der Tat Gegenbeispiele. Das Problem sei, daß es offensichtlich eine Reihe von potentiellen Nuklearmächten gebe. Es stelle sich die Frage, ob diese potentiellen Nuklearmächte, wie z.B. Indien, sich einem Nichtverbreitungsabkommen anschließen würden oder nicht.<sup>25</sup> Man müßte daher sehen, was getan werden könnte, um den Nicht-Nuklearmächten eine größere Sicherheit und gewisse Zusagen zu geben. Es sei anzunehmen, daß im Laufe der Erörterungen dieser Fragen allerhand Betrachtungen aufgeworfen würden. Seiner Auffassung nach enthalte die Kossygin-Botschaft bereits eine erste Antwort. Auf deutscher Seite sei man allerdings der Meinung, daß eine NATO-Lösung wichtiger sei als das Genfer Abkommen. Keinesfalls dürften die Genfer Vereinbarungen eine NATO-Lösung und eine europäische Lösung präjudizieren.

Herr *Couve de Murville* fragte, ob die Erklärung von Kossygin ein Novum beinhalte. Wenn er richtig verstanden habe, handele es sich um die Verpflichtung, ein Land, das über keine Nuklearwaffen verfüge, wie z.B. Indien, nicht mit Nuklearwaffen anzugreifen. Dies sei eine andere Präsentation als die bisherige.

Der Herr *Minister* sagte, in diesem Zusammenhang könnten sich interessante Erörterungen ergeben. Man sollte daher, soweit zweckmäßig, bei den monatlichen Treffen jeweils einen Meinungsaustausch über den neuesten Stand der Dinge pflegen.

Herr *Couve de Murville* sagte, es sei von Interesse, daß diese Gedanken zur Sprache kommen, damit die Menschen sich ein Bild über die zur Debatte stehenden Probleme machen könnten.

Der Herr *Minister* äußerte den Wunsch, noch einige Worte über Japan zu sagen. Dieses Land habe bekanntlich Konsultationsverträge mit Großbritannien, den USA, Kanada, Italien und Deutschland<sup>26</sup> abgeschlossen. Mitte Januar ha-

<sup>25</sup> Zur indischen Haltung hinsichtlich eines Abkommens über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vgl. Dok. 50, Anm. 24.

<sup>26</sup> Im Kommuniqué über den Besuch des Bundespräsidenten Lübke und des Bundesministers Schröder am 7./8. November 1963 in Japan wurde die Vereinbarung über jährliche Konsultationen der Außenminister – wechselweise in Bonn und Tokio – ausdrücklich erwähnt. Vgl. Referat I B 5, Bd. 67b.

be Außenminister Shiina Moskau besucht<sup>27</sup> und dort zwei Verträge mit der Sowjetunion abgeschlossen: einen neuen Handelsvertrag, dessen Laufzeit von drei auf fünf Jahre erhöht worden sei, und ein Luftverkehrsabkommen, das die Errichtung einer direkten Fluglinie Tokio–Moskau vorsehe<sup>28</sup>. Zunächst werde diese Linie noch auf einer Charter-Basis betrieben. Es sei interessant festzustellen, daß diese beiden Dinge Rotchina nicht gefallen hätten und daß es entsprechende Vorwürfe an Sowjetrußland gerichtet habe.<sup>29</sup> Interessant sei ferner die Feststellung, daß offenbar auf beiden Seiten der Wunsch nach einer Besserung der Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion bestehe, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Sicherheitspaktes zwischen Japan und den USA.<sup>30</sup> Es bestehe jedoch weiterhin eine offene Frage, die einer weiteren Entwicklung in Richtung auf eine Besserung der nippo-sowjetischen Beziehungen eine Grenze setze: die Weigerung der Russen, die Kurilen-Inseln an Japan zurückzugeben.<sup>31</sup> Interessant sei also erstens die Wandlung in den Beziehungen zwischen Japan und Moskau und zweitens die rotchinesische Reaktion darauf.

Der Herr Minister fragte seinen französischen Kollegen, wann dieser seine nächste Besprechung mit den Japanern haben werde. Die letzte deutsch-japanische Konsultation habe 1963 stattgefunden.<sup>32</sup> Angesichts der großen geographischen Distanz sei es ja nicht ganz leicht, Zusammenkünfte zu veranstalten, er halte sie aber unter Verbündeten für nützlich. Interessant sei für ihn auch die Feststellung gewesen, daß Indonesien von besonderer Bedeutung

<sup>27</sup> Der japanische Außenminister Shiina hielt sich vom 18. bis 22. Januar 1966 in Moskau auf. Für den Wortlaut des Communiqués vgl. Referat II A 4, Bd. 676. Vgl. ferner den Schriftbericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 27. Januar 1966; Referat I B 5, Bd. 263.

<sup>28</sup> Für den Wortlaut des sowjetisch-japanischen Luftverkehrsabkommens vom 21. Januar 1966, das am 3. März 1967 ratifiziert wurde, vgl. SBORNIK DEJSTVUJUŠICH DOGOVOROV, SOGLAŠENIJ I KONVENCIJ, ZAKLJUČENNYCH SSSR S INOSTRANNYMI GOSUDARSTVAMI, Bd. 25, Moskau 1972, S. 430–437.

<sup>29</sup> Botschaftsrat I. Klasse Boss, Tokio, berichtete am 23. Februar 1966, die Volksrepublik China werfe der UdSSR vor, sie habe in dem Communiqué vom 22. Januar 1966 über den Besuch des japanischen Außenministers Shiina in Moskau „einer neutralen Umschreibung des Vietnamkrieges zugestimmt und dadurch einen erneuten Beweis ihrer Zusammenarbeit mit den USA, Indien und Japan und des Verrats der vietnamesischen Befreiungs-Bewegung geliefert“. Vgl. Referat I B 5, Bd. 246.

<sup>30</sup> Für den Wortlaut des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrags vom 19. Januar 1960 vgl. UNTS, Bd. 373, S. 179–205.

<sup>31</sup> Im Friedensvertrag von San Francisco vom 8. September 1951 verzichtete Japan auf alle Rechte und Ansprüche an den Kurilen und Südsachalin. Allerdings wurde die Bezeichnung „Kurilen“ nicht näher definiert. Nach japanischer Auffassung gehörten dazu nur die nördlich von Etorofu gelegenen 18 Inseln, nicht jedoch die ebenfalls von der UdSSR besetzten, nordöstlich von Hokkaido gelegenen Inseln Kunashiri, Etorofu sowie die Gruppe der Habomai-Inseln. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck vom 14. Juni 1965; Referat I B 5, Bd. 180.

Botschaftsrat I. Klasse Boss, Tokio, stellte dazu am 9. November 1965 fest, „von einer Bereinigung des japanisch-sowjetischen Verhältnisses [könne] nicht die Rede sein, solange das Problem der Rückgabe der Kurilen-Inseln an Japan nicht gelöst ist. Die sowjetische Haltung in dieser Frage ist geradezu der Prüfstein für eine echte Verhandlungsbereitschaft.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1650; Referat I B 5, Bd. 181.

<sup>32</sup> Zu den deutsch-japanischen Konsultationsbesprechungen vom 7./8. November 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 410.

Vom 23. bis 25. Januar 1966 hielt sich Außenminister Shiina zu Konsultationsbesprechungen in Bonn auf. Für die Aufzeichnung über die Gespräche mit Bundesminister Schröder vgl. Referat I B 5, Bd. 260. Für das Communiqué vgl. BULLETIN 1966, S. 85.

für Japan sei, teils aus politischen, teils aus wirtschaftlichen Gründen. Im Zusammenhang mit Indonesien habe der japanische Außenminister zwei Ideen vorgetragen: die Auffassung, daß die wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen für Indonesien zwischen Japan und den westlichen Ländern soweit wie möglich koordiniert werden sollten. Was den Zeitpunkt für derartige Maßnahmen angehe, habe er gesagt, sie sollten erst anlaufen, wenn feststehe, daß in Indonesien eine Regierung bestehe, die ein dauerhaftes Wirtschaftsprogramm entwickeln könne.<sup>33</sup>

Der Herr Minister fragte Herrn Couve de Murville nach den französischen Vorstellungen in bezug auf Indonesien. Dieses Land sei für die Bundesrepublik wichtig im Zusammenhang mit dem Problem der SBZ (Anerkennung Pankows, Generalkonsulat usw.).<sup>34</sup> Es sei immerhin ein Staat mit einer Bevölkerung von 100 Millionen. Allerdings habe es bisher als etwas unsicherer Kantonist gegolten. Das deutsche Interesse an Indonesien liege nicht so sehr auf dem wirtschaftlichen Gebiet als auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe und der Verbesserung der gesamtdeutschen Position.

Herr *Couve de Murville* antwortete, es sei ganz klar, daß die Russen versuchten, zu einer gegen China gerichteten Annäherung an Japan zu kommen, um Japan daran zu hindern, sich seinerseits an China anzunähern. Es treffe in der Tat zu, daß einer derartigen Verständigung noch Grenzen gesetzt seien wegen territorialer Fragen: in der Tat seien zwei kleinere Inseln von Rußland noch nicht an Japan zurückgegeben worden; man frage sich eigentlich, warum nicht. Frankreich habe ebenfalls Konsultationen mit Japan vereinbart. Diese nähmen allerdings viel Zeit in Anspruch und seien daher etwas lästig. Er selbst habe die Absicht, in der zweiten Hälfte dieses Jahres nach Tokio zu fahren.<sup>35</sup>

Was Indonesien betreffe, so handele es sich tatsächlich um ein schwieriges Land, das aber wichtig sei wegen seiner großen Bevölkerungszahl und wegen seiner Lage zwischen dem Indischen Ozean und dem Pazifik und seiner da-

<sup>33</sup> Nach einem gescheiterten Putsch am 30. September 1965 ging die indonesische Armee trotz des mäßigen Einflusses des Präsidenten Sukarno energisch gegen kommunistische Organisationen vor. Referat I B 5 bilanzierte am 28. Januar 1966, die Armee habe „die kommunistische Partei und sämtliche kommunistischen Frontorganisationen vernichtet. [...] Insgesamt dürften über 150 000 Kommunisten den Tod gefunden haben. Die Staats- und Wirtschaftsverwaltung, die parlamentarischen Körperschaften und die Presse wurden von kommunistischen Elementen gesäubert. [...] Gegenwärtig wird Indonesien von zwei gegeneinander regierenden Machtzentren – Sukarno und der Armee – beherrscht. Solange das Ringen um langfristigen politischen Einfluß zwischen ihnen noch nicht entschieden ist, werden sowohl eine grundlegende außenpolitische Neuorientierung als auch durchgreifende Maßnahmen gegen den wirtschaftlichen Verfall des Landes aufgeschoben werden.“ Vgl. VS-Bd. 8429 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.  
Vgl. dazu auch AAPD 1965, III, Dok. 455.

<sup>34</sup> Am 12. Dezember 1965 wurde in Ost-Berlin gemeldet, daß die indonesische Regierung dem neuen Generalkonsul der DDR, Bayerlacher, das Exequatur erteilt habe. Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 341 vom 12. Dezember 1965, S. 2. Vgl. auch den Drahterlaß des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg an die Botschaft in Djakarta vom 20. Dezember 1965; VS-Bd. 2655 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965.

Am 28. Januar 1966 vermerkte Referat I B 5, daß „die Gefahr einer Anerkennung der SBZ durch Indonesien [...] gegenwärtig nicht mehr gegeben“ sei. Vgl. VS-Bd. 8429 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>35</sup> Der französische Außenminister Couve de Murville empfing den japanischen Außenminister Shiina am 5. November 1966 zu Gesprächen in Paris. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, Z 202 f.

durch bedingten sehr bedeutsamen strategischen Position. Frankreich habe ebenfalls vielfältige wirtschaftliche Beziehungen zu Indonesien, leider, möchte er hinzufügen, da dieses Land ein schlechter Zahler sei. Über die innerpolitischen Ereignisse der letzten Zeit bestehe keine Klarheit. Es sei aber anzunehmen, daß die dortigen Maßnahmen sich gegen die kommunistische Partei und folglich gegen China gerichtet hätten.

Abschließend beschlossen die beiden Außenminister, ein weiteres Gespräch über die europäischen Probleme für den kommenden Vormittag in Aussicht zu nehmen.<sup>36</sup>

VS-Bd. 8514 (Ministerbüro)

### 36

#### Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

Z A 5-8.A/66 geheim

8. Februar 1966<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 8. Februar 1966 um 10 Uhr in Paris ein weiteres Gespräch<sup>2</sup> unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Der Herr *Bundeskanzler* kam einleitend noch einmal auf die beabsichtigte Pressekonferenz des Generals zurück<sup>3</sup> und fragte, wie konkret der General die Neubelebung der politischen Zusammenarbeit anzusprechen gedenke und wie konkret die darauffolgende deutsche Initiative sein sollte.

General *de Gaulle* erklärte, er werde am 21. Februar sicherlich von Europa sprechen. Einleitend werde er sich beglückwünschen zu der Einigung in Luxemburg<sup>4</sup>, die eine Einigung zwischen den sechs Regierungen, also eine politische Einigung gewesen sei und die Fortsetzung der praktischen Wirtschaftsverhandlungen ermögliche. Er werde dann fortfahren, daß es offensichtlich sei, daß Europa politische Kontakte organisieren müsse. Die Wirtschaftsgemeinschaft allein reiche nicht aus und selbst die Wirtschaftsgemeinschaft könne nicht vollendet werden, nicht am Leben bleiben, nicht sich weiterentwickeln ohne politische Zusammenarbeit. Er werde also sagen, daß aus praktischen wirtschaftlichen Gründen und darüber hinaus aus dauernden allgemeinen europäischen Gründen Frankreich auch weiterhin den Wunsch nach der Organisation politischer Zusammenarbeit, angefangen zwischen den sechs Ländern, hege. Mit anderen Worten handle es sich um regelmäßige und organisierte po-

<sup>36</sup> Vgl. Dok. 37.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 10. Februar 1966 gefertigt.

<sup>2</sup> Für das Gespräch vom 7. Februar 1966 vgl. Dok. 34.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 34, besonders Anm. 19.

<sup>4</sup> Zur EWG-Ministerratstagung vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 25.

litische Kontakte im Sinne der bereits gemachten französischen, deutschen, italienischen und belgischen Vorschläge.<sup>5</sup> Obgleich diese Vorschläge der verschiedenen Seiten nicht identisch gewesen seien, seien sie doch vom gleichen Geist getragen und zielten alle ab auf eine erste Organisation politischer Kontakte zwischen den Sechs. Er werde fortfahren, daß Frankreich heute mehr denn je zu einer solchen Zusammenarbeit bereit sei. Da die Pressekonferenz nach den Gesprächen mit dem Herrn Bundeskanzler stattfinde, werde er (General de Gaulle), wenn der Herr Bundeskanzler damit einverstanden sei, auch darauf hinweisen, daß er sich mit dem Herrn Bundeskanzler in dieser Frage geeinigt habe. Komme also irgendeine Initiative von irgendeinem Partner, insbesondere von Deutschland, so werde Frankreich sofort dafür sein. In der Praxis bedeuteten diese Kontakte regelmäßige Zusammenkünfte der Außenminister, allerdings nicht in Brüssel, denn Brüssel sei eine wirtschaftliche Sache, sondern an anderem Ort, z. B. könnte der Anfang in Bonn gemacht werden, und dann sollte es möglich sein, zu einem Treffen der Regierungen und vor allem der Staats- und Regierungschefs zu kommen. Zweck dieser Treffen sei die Prüfung der europäischen Fragen, mit anderen Worten, Fragen, in denen wahrscheinlich nicht überall sofort Einigkeit zwischen allen Beteiligten bestünde, deren gemeinsame Prüfung aber doch von Interesse sei, verbunden mit dem Versuch, Schritt für Schritt zu jedem Fragenkomplex gemeinsame Positionen zu finden. Die angesprochenen Problemkreise seien die gemeinsame Sicherheit, die Beziehungen der Sechs mit der Außenwelt (England, Amerika, Ostländer, eines Tages China, die übrige Welt). Er werde dann auch ein Wort darüber sagen, was Europa, wenn es zusammenfinde, gemeinsam zu tun vermöchte, insbesondere im Zusammenhang mit dem von dem Herrn Bundeskanzler am Vortage aufgeworfenen Problem des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts sowie des kulturellen Bereichs, also eine Zusammenarbeit, die über die Wirtschaft hinausgehe. Dies werde er am 21. Februar sagen. Wenn der Herr Bundeskanzler wolle, könne er auch hinzufügen, daß General de Gaulle und Bundeskanzler über diese Dinge gesprochen hätten und sich im wesentlichen einig seien.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er sei völlig einverstanden mit allem, was General de Gaulle soeben gesagt habe. General de Gaulle habe nun angeregt, daß nach der Pressekonferenz jemand, z. B. die Deutschen, eine Initiative ergreifen sollten. Er fragte, wo der Unterschied zwischen den Ausführungen, die General de Gaulle vorhabe, und einer Initiative liege.

General *de Gaulle* bemerkte, was er vorhabe, sei keine Initiative, denn diese Dinge seien überall schon einmal gesagt worden. Seine Erklärung sei eine öffentliche Absichtserklärung, die dann diplomatisch zu organisieren wäre, d. h., daß eine Regierung den anderen fünf vorschlage, unter den genannten Bedingungen Kontakte zu organisieren. Dies bezeichne er als Initiative. Wenn der Herr Bundeskanzler Erklärungen im gleichen Sinne abzugeben gedenke, würde er (de Gaulle) sich nur darüber freuen. Diese Erklärungen aber kämen noch keiner diplomatischen Initiative gleich. Dazu sei es erforderlich, daß eine Regierung ein Treffen an einem bestimmten Ort, angefangen mit den Außenministern, vorschlage. Im Grunde seien derartige Anregungen schon gegeben wor-

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 34, Anm. 11 und 13–15.

den, vielleicht aber seien sie nicht präzise genug. Wenn jemand diese Initiative ergreife, werde Frankreich erklären, die französische Regierung werde an einem solchen Treffen teilnehmen. Dies sei der Unterschied zwischen der Erklärung und der diplomatischen Initiative. Frankreich habe schon einmal die diplomatische Initiative ergriffen und es sei sogar zu einem Anfang gekommen. Nunmehr sei ein anderer an der Reihe, die Initiative zu ergreifen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die beiden Außenminister besprächen diese Frage zur gleichen Zeit.<sup>6</sup> Er als Regierungschef werde eine sehr positive Antwort auf die Erklärungen de Gaulles geben und dann werde der deutsche Außenminister versuchen, in Gesprächen mit seinen Kollegen baldmöglichst ein solches Treffen zu arrangieren. Er meine nur, daß man den Außenministern die Weisung mitgeben müsse, sich nicht in der Tagesordnung wieder zu verstricken, sondern den Mut zu haben, einmal ihre Auffassungen über das Weltbild auszutauschen. Der Herr Bundeskanzler fragte, ob dies den Vorstellungen des Generals entspreche. Selbstverständlich werde die Bundesregierung auf den Anruf des französischen Staatspräsidenten antworten und der deutsche Außenminister werde dann mit seinen europäischen Kollegen sprechen und versuchen, möglichst bald eine Außenministerkonferenz zustande zu bringen, der später dann eine Gipfelkonferenz folgen könne.

General *de Gaulle* bemerkte, dieses Verfahren sei sicherlich ganz gut und er halte es für normal, daß der deutsche Außenminister seinen Kollegen einen ganz bestimmten Ort und Termin für eine solche Tagung vorschlage. Er hege auch den Wunsch, daß der Außenminister selbst von der Notwendigkeit dieser Kontakte voll überzeugt sei. Was die Tagesordnung anbelange, meine er, daß man daran nicht herumfummeln solle, denn eigentlich sei die Tagesordnung wohl bekannt. Es handle sich darum, die Fragen gemeinsamen europäischen Interesses zu prüfen. Man werde dann die weitere Entwicklung sehen. Er hielte es lediglich [für] besser, wenn die Außenminister nicht etwa nach Brüssel eingeladen würden, da sonst eine Verwirrung entstehen könnte, die Frankreich vermieden sehen möchte. Die Wirtschaftsgemeinschaft sei eine, politische Kontakte eine andere Sache, obgleich die beiden Dinge zusammenhingen. Deswegen wünsche Frankreich, daß der Tagungsort nicht Brüssel sei, wo sich die Außenminister häufig trafen, jedoch zu Wirtschaftsfragen Stellung nähmen. Er fände es sehr natürlich, wenn die Tagung in Deutschland stattfände, da Deutschland den Vorschlag dazu mache.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei ebenfalls der Meinung, daß nicht Brüssel Tagungsort sein solle. Er habe von Anfang an unterstrichen, daß die Wirtschaftsgemeinschaft ein Ding für sich sei und daß die Formen der politischen Zusammenarbeit organisatorisch selbständig sein müßten. Dies sollte betont werden, weil man sich sonst im Brüsseler Gestrüpp verlore. Gerade auf den politischen Akzent komme es ihm an. Hinsichtlich des Außenministers könne der General völlig unbesorgt sein. Er habe am Vortage Herrn Schröder gesagt<sup>7</sup>,

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville vgl. Dok. 37.

<sup>7</sup> Zum Gespräch vom 7. Februar 1966 vermerkte der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 3. März 1966 in seinem Tagebuch: „Schröder soll sich [...] gegenüber dem Kanzler wieder sehr, sehr negativ über Frankreich und de Gaulle geäußert haben. Demge-

man könne nicht trotz aller Enttäuschungen drei Jahre lang sagen, das politische Europa müsse sich organisieren, und dann im Augenblick einer öffentlichen französischen Erklärung einfach passen.

General *de Gaulle* sagte, man unternehme nunmehr also diese große Etappe auf dem europäischen Weg. Die Weiterentwicklung werde man sehen. Jedenfalls gehe Frankreich mit allem guten Willen in diese Sache hinein.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, er glaube, daß man mit dem gestrigen Presseecho<sup>8</sup> zufrieden sein könne. Die französische Presse habe insbesondere die Tischrede des Generals herausgestellt, der von praktischer Arbeit gesprochen habe. Er wolle einmal fragen, was diese Betonung des Praktischen genau bedeute, ob es bedeute, daß General de Gaulle die größeren Aspekte, die alle im Auge hätten, bewußt zurückstellen wolle und daß man sich mit der kleinen Münze begnüge oder ob auch weiterhin das Ziel im Auge behalten werden solle.

General *de Gaulle* erwiderte, wenn man die Hauptziele erreichen wolle, müsse man sich auf praktischem Terrain bewegen. Wenn man politisch nie weitergekommen sei, dann eben deswegen, weil man es nie praktiziert habe. Man habe sich immer verloren im allgemeinen (General de Gaulle sagte, auf ihn treffe dies allerdings nicht zu) und von Anfang an sich in theoretischen Betrachtungen über Europa ausgelassen, nie aber die Dinge in die Hand genommen. Man habe das Problem für gelöst geglaubt, während das Problem nicht gelöst sei, sondern langer und schwieriger Bemühungen zur Lösung bedürfe. Man könne auch heute noch gar nicht sagen, welche genaue endgültige Form Europa einnehmen werde. Man müsse aber wissen, daß man zum Zusammenschluß Europas kommen wolle, damit man in der Praxis eine Sache nach der andern hinter sich bringen könne. Er denke dabei zum Beispiel an die Sicherheit, die Beziehungen mit dem Osten, die Wiedervereinigung und so weiter. Man werde das Problem nicht lösen und keinen Fortschritt erzielen, wenn man nur allgemeine Erklärungen theoretischer und philosophischer Art über die Integration gurgele, die an sich bedeutungslos sei. Dies sei seine Auffassung. In gewissem Maße finde man ein Beispiel dafür in der Wirtschaftsgemeinschaft. Um die Wirtschaftsgemeinschaft zu Ende zu führen, sei man verpflichtet, schwierige praktische Erörterungen zu pflegen und die Interessen und Erfordernisse auszugleichen. Nur so komme man zur Wirtschaftsgemeinschaft. Dasselbe sei umso zutreffender für den politischen Zusammenschluß.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich und sagte, er wolle einen praktischen Vorschlag machen. Er meine, daß der Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland<sup>9</sup> extensiv ausgelegt werden solle. Gewisse Dinge seien

*Fortsetzung Fußnote von Seite 173*

genüber traten unser Militärattaché in Paris sowie Graf Kielmansegg [...] für enge Zusammenarbeit mit Frankreich ein: wir hätten viel zuviel unnötiges Zeug in den USA gekauft. McNamara sei ein Verhängnis für uns. Im Verhältnis zu Frankreich sei vieles unnötig zerstört worden.“ Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 285.

<sup>8</sup> Vgl. dazu den Artikel „de Gaulle wünscht vorwiegend praktische Zusammenarbeit mit Bonn“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 32 vom 8. Februar 1966, S. 1. Vgl. ferner den Artikel „Les entretiens de Gaulle-Erhard se sont ouverts dans une atmosphère détendue par l'accord de Luxembourg“, LE MONDE, Nr. 6554 vom 8. Februar 1966, S. 1.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.



im Vertrag für die Zusammenarbeit unmittelbar angesprochen. Die Zusammenarbeit sei dabei unterschiedlich gediehen, doch glaube er, daß man sich formal einigen sollte, die Minister für wissenschaftliche Forschung in die Zusammenarbeit einzubeziehen, um einen stärkeren Austausch und eine bessere Organisation dieser Zusammenarbeit zu erzielen.

General *de Gaulle* erwiderte, er sei gerne damit einverstanden und auch bereit, dies in der Plenarsitzung noch einmal zu wiederholen. Er empfinde Genugtuung über diesen Vorschlag. Ein wichtiges europäisches Problem sei zum Beispiel das Farbfernsehen<sup>10</sup> und man könne nicht bestreiten, daß die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet nicht richtig geklappt habe. Inzwischen habe jedes der beiden Länder sein eigenes System und es sei natürlich zu spät, ein gemeinsames System zu errichten. Hätte man schon lange genug regelmäßig zusammengearbeitet, wäre es wohl nie dazu gekommen. Er nenne dies nur als Beispiel, um den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers zu betonen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe sich gerade in der Frage des Farbfernsehens informiert und habe dabei hoffnungsvolle Informationen erhalten, daß man nämlich dabei sei, die beiden Systeme zu koordinieren, so daß beide gesendet und empfangen werden könnten. Es scheine also, daß nach den neuesten Informationen die beiden Systeme nicht völlig unvereinbar seien.

General *de Gaulle* bemerkte, er sei kein Techniker und könne natürlich die Frage nicht beantworten, doch sei er nicht so sicher, daß es sehr einfach sein würde, die Bilder zwischen den beiden Systemen auszutauschen. Wäre es aber möglich, dann um so besser. In der ganzen Frage der deutsch-französischen Beziehungen, sei es auf dem Gebiet der Sicherheit, sei es auf politischem oder auch technisch-wissenschaftlichem Gebiet, seien die beiden Länder zwar nicht die Opfer, doch aber Gegenstand einer amerikanischen Einwirkung. Es gebe jene gewaltige amerikanische Macht, die in jeder Beziehung über alle Mittel verfüge, ganz besonders auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet.<sup>11</sup> Nun sei natürlich Frankreich sehr daran gelegen, nicht in das amerikanische Kielwasser zu geraten, und Frankreich glaube sogar, daß dieses Bestreben letzten Endes Amerika diene. Es stelle aber fest, daß andere europäische Länder und insbesondere Deutschland, das anerkanntermaßen seine besonderen politischen Gründe dafür habe, dazu neigten, ihrem Verhältnis mit Amerika die Präferenz zu geben, vor allem auch auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet. Selbstverständlich störe diese Tatsache die deutsch-französische Zusammenarbeit. Diese Frage sei sehr allgemein zu sehen. Wolle man Europa eine Seele geben, es voranbringen, ja im eigentlichen Sinne erst schaffen in jeder Beziehung und insbesondere in politischer Beziehung, so sei es notwendig, bei sich selbst zu beschließen, europäisch sein zu wollen, d. h. Amerika als eine zweifellos freundschaftliche, aber doch fremde Macht zu betrachten. Die Tatsache, daß die Dinge heute so lägen, wie er sie eben geschildert habe, sollte jedoch nicht einen Anfang der Zusammenarbeit verhindern.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es sicherlich viele Bande zwischen der deutschen und der amerikanischen Industrie gebe, doch sei dies

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>11</sup> Zur deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit in der Weltraumforschung vgl. auch Dok. 16.

nicht etwa das Ergebnis einer politischen Willensentscheidung, sondern beruhe auf der Tatsache, daß Amerika in einer günstigeren Situation sei und eine Entwicklung und einen Stand der praktischen Anwendung wissenschaftlicher Forschung erreicht habe, die Deutschland nicht besitze. Er habe mit Interesse gelesen, daß Herr Debré zwar davon gesprochen habe, daß Frankreich keine Überfremdung wolle und den französischen Einfluß auf die amerikanischen Unternehmungen in Frankreich und die Investitionen aufrechterhalten wolle, daß es aber doch auch die amerikanischen Erkenntnisse und den Stand der amerikanischen Forschung für Frankreich nutzbar machen wolle. Im Grunde sei hier zwischen Frankreich und Deutschland die gleiche Haltung gegeben. Deutschland fahre nicht bewußt im Kielwasser Amerikas, sondern es wolle nur den Anschluß nicht verlieren. Vielleicht spiele dabei die besondere Situation Deutschlands und die Notwendigkeit des amerikanischen Schutzes ebenfalls eine Rolle, doch werde der Tag kommen, an dem man in Europa alleine sein werde. Dann aber ergebe sich eine Frage, die ihn wie ein Alptraum beschwere. In letzter Zeit habe er sich häufig mit Wissenschaftlern unterhalten<sup>12</sup> und dabei erfahren, daß gute Ansätze vorhanden sind und Deutschland in gewissen Bereichen sogar bei der Entwicklung Neuland betrete, für das sich auch Amerika interessiere, gleichzeitig aber habe er gehört von den ungeheuren Milliarden, die für die Forschung und erst recht später für die industrielle Nutzanwendung erforderlich wären. Wolle Europa politisches Gewicht gewinnen, dann müsse der europäische Geist tätig werden und müsse Europa seine Mittel gemeinsam einsetzen. Man dürfe nicht der Verzettlung anheimfallen. Deswegen würde er es begrüßen, wenn über die bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen europäischer Art hinaus insbesondere eine deutsch-französische Zusammenarbeit zustande käme. Er habe am Vortage von der Wohlstandsgesellschaft gesprochen und davon, daß die Menschen nicht mehr bereit seien, dem Staat zu geben, was der Staat brauche. Dann aber ließen sich die politischen Ziele nicht erreichen. Er wolle keineswegs die Wirtschaftsdinge überschätzen, doch seien sie die notwendige Basis für die europäischen Ziele.

An dieser Stelle kam Premierminister Pompidou zu dem Gespräch hinzu.

Der Herr Bundeskanzler sagte dann, aus den Verlautbarungen des französischen Präsidenten entnehme er, daß Frankreich heute keine Gefahr mehr für Europa aus Rußland sehe oder diese Gefahr zumindest als wesentlich geschwächt betrachte. Er gebe zu, daß es manche Anzeichen dafür gebe, doch frage er sich, ob diese Situation anhalten werde oder ob sie sich je nach der Entwicklung in Asien wiederum ändern könnte. Amerika sei wirtschaftlich überlegen, weil es seine Reichtümer ohne menschliche Rücksichten in der Pionierzeit habe entwickeln können. Dasselbe gelte für Rußland. Wenn man an

<sup>12</sup> Unter Vorsitz des Bundeskanzlers Erhard konstituierte sich am 1. Februar 1966 der Kabinettsausschuß für wissenschaftliche Forschung, Bildung und Ausbildungsförderung. Der Ausschuß verwies auf die steigende Bedeutung von Wissenschaft, Forschung und Bildung und erörterte das Arbeitsprogramm der Bundesregierung auf diesem Sektor. Dazu gehörten u. a. auch Fragen der internationalen Zusammenarbeit. Zwei Tage später empfing Erhard den Vorstand des Wissenschaftsrats. Zwischen den Gesprächsteilnehmern bestand Einigkeit, daß die Förderung von Wissenschaft und Forschung „in den nächsten Jahren einen besonderen Schwerpunkt in den politischen Planungen bilden [...] und eine weitere erhebliche Steigerung der Mittel notwendig machen“ müsse. Vgl. BULLETIN 1966, S. 117.

die 700 Millionen Chinesen denke, die man fast verhungern lassen könne, und wenn man die sich daraus ergebenden Potenzen zusammenfüge, dann könnte eine gefährliche Entwicklung eintreten, nicht nur für Amerika, sondern auch für Rußland. Er fragte den General, wie dieser die Entwicklung sehe. Interessant sei, daß in seinem eigenen Gespräch mit Präsident Johnson<sup>13</sup> dieser ebenfalls davon gesprochen habe, daß die Gefahr in Europa geringer geworden sei.

General *de Gaulle* bemerkte, er habe nie gesagt und sei auch nicht der Meinung, daß nie wieder irgendeine Gefahr von Rußland ausgehe. Zunächst müsse man die allgemeine Überlegung berücksichtigen, daß eine Großmacht wie Rußland und im übrigen auch Amerika und eines Tages China notgedrungen eine Beherrschungstendenz entfalteten und daß man deswegen seine Vorkehrungen treffen müsse, ganz besonders gegenüber Rußland, das in jeder Beziehung anders sei als der Westen und in dem eine ohne weiteres als eroberisch zu bezeichnende Ideologie herrsche. Er glaube aber, daß die Gefahr sich wesentlich verringert habe. Zum einen sei da China, und Rußland habe heute Angst vor China<sup>14</sup>, während früher China mit Rußland gewesen sei. Zum anderen gebe es eine innere Entwicklung in Rußland und in Osteuropa überhaupt und ganz allgemein die Entwicklung des Menschen, denn die Menschen drängten zum Wohlstand, sogar in den kommunistierenden oder kommunistierten Ländern, und je mehr sie nach dem Wohlstand trachteten, desto weniger seien sie an Schocks und Abenteuern interessiert. Hinzu komme die Tatsache, daß ein Krieg für Rußland heute immer einen Weltkrieg bedeute und daß er vielleicht nicht sofort, aber sicherlich eines Tages die völlige Zerstörung Rußlands wie auch aller anderen Länder mit sich brächte. Daher glaube er, daß die Sowjets heute nicht mehr vom Geist der Eroberung, der Weltbeherrschung und insbesondere der Beherrschung Europas beseelt seien, daß ihre Aggressionslust nachgelassen habe, selbst wenn ihre Aggressivität nicht nachgelassen habe. Dies seien die Gründe, die wohl auch Präsident Johnson zu seiner Aussage veranlaßt hätten. Man komme dabei zu der Schlußfolgerung, daß man zwar Vorsichtsmaßnahmen ergreifen müsse, daß man aber heute keinen Grund mehr sehen sollte, die Sowjets unter dem Gesichtspunkt des Kalten Krieges zu betrachten, wie es lange Zeit und insbesondere unter Stalin und in der unmittelbaren Nachkriegszeit erforderlich gewesen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, sicherlich werde General *de Gaulle* in Moskau<sup>15</sup> auch über das Deutschlandproblem sprechen. Deutschland spüre immer noch den Kalten Krieg und die Spaltung Deutschlands sei unglücklich, denn sie sei eine Spaltung Europas.

General *de Gaulle* stimmte dem zu und sagte, das Problem sei enorm und ungeheuer schwierig. In der von Rußland aufrechterhaltenen Spaltung Deutschlands stecke vielerlei. Zunächst seien da die historischen Tatsachen, die dazu geführt hätten, daß alle osteuropäischen Länder im Krieg aus deutscher Hand sehr viel Leid erfahren hätten und sie seien nicht bereit, das zu vergessen. Da

<sup>13</sup> Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 20. Dezember 1965 in Washington vgl. AAPD 1965, III, Dok. 468 und Dok. 471.

<sup>14</sup> Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. auch Dok. 35, Anm. 4.

<sup>15</sup> Zum Besuch des Staatspräsidenten *de Gaulle* vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

seien aber auch praktische aktuelle Gründe, denn die Spaltung Deutschlands sei nützlich für Rußland bei der Aufrechterhaltung der Hegemonie über die Satelliten. Dies sei der Grund, der die Satelliten politisch an Rußland binde, völlig abgesehen von den ideologischen Banden, daß nämlich diese Länder ein politisches Interesse daran hätten, keine deutsche Macht wieder zuzulassen. Somit fänden sie die Spaltung Deutschlands als befriedigend. Es sei nicht möglich, ihre Auffassung zu ändern, wenn man ihnen nicht etwas anderes, etwas Neues biete. Gerade das versuche Frankreich zu tun, indem es sich bemühe, eine Einigung des ganzen Europa ohne Hintergedanken auf die Tagesordnung zu setzen, was eines Tages dazu führen werde, die Spaltung Deutschlands als etwas sehr Künstliches und geradezu Lächerliches erscheinen zu lassen. Aber es gelinge nicht ohne weiteres, den Osten, ja sogar die Bundesrepublik zu dieser Politik zu bewegen. Dennoch glaube Frankreich, daß dies die einzig mögliche Lösung sei, es sei denn, daß man Krieg führe, aber daran habe niemand ein Interesse.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, in Deutschland sei eine neue Bewegung entstanden, wonach man das Deutschlandproblem völlig überdenken und eine Bestandsaufnahme machen solle von den bisher getroffenen Maßnahmen.<sup>16</sup> Dieser Bewegung liege das Verlangen zugrunde, daß man die Dinge nicht erstarren lassen dürfe und die Frage sei, ob für diese neue Bewegung sich irgendwelche Aspekte ergeben. In diesem Zusammenhang werde der Besuch des Generals in Moskau nicht etwa mit Sorge, sondern im Gegenteil mit einer gewissen Erwartung betrachtet, nämlich mit der Erwartung, daß der Besuch des Generals in Moskau vielleicht neue Varianten in die Diskussion bringen könnte, hinsichtlich des Ost-West-Verhältnisses und der zukünftigen Form Europas. In Deutschland gebe es ein Drängen, aus der sterilen Erstarrung herauszukommen, doch sei Deutschland selbst nicht in der Lage, zu agieren.

General *de Gaulle* bemerkte, der Herr Bundeskanzler habe völlig recht, und in diesem Geist erwidere er den Besuch Chruschtschows.<sup>17</sup> Jedenfalls werde die Bundesregierung nach dem Moskaubesuch genau unterrichtet werden über alles, was sich in den Gesprächen, insbesondere über Deutschland, abgespielt habe.<sup>18</sup>

Das Gespräch endete um 11.20 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 17**

<sup>16</sup> Vgl. dazu Dok. 21.

<sup>17</sup> Vgl. dazu Dok. 34, Anm. 35.

<sup>18</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 21. Juli 1966; Dok. 229.

## 37

# Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

Z A 5-13.A/66 geheim

8. Februar 1966<sup>1</sup>

Aufzeichnung über die zweite Unterredung des Herrn Ministers mit dem französischen Außenminister, Herrn Couve de Murville, am 8. Februar 1966 um 10 Uhr im Quai d'Orsay.

Nach dem Austausch einiger Eindrücke über die am Vorabend insbesondere von dem Herrn Bundeskanzler über wirtschaftspolitische Themen geführten Gespräche<sup>2</sup>, schlug der Herr *Minister* vor, auf einige europäische Aspekte zurückzukehren, weil diese für die weitere praktische Arbeit des laufenden und der nächsten Jahre äußerst wichtig seien.

Er glaube, daß es gut wäre, zunächst einmal, was den äußeren Rahmen (Großbritannien) betreffe, die Situation zu beleuchten. Aus deutscher Sicht sei hierzu folgendes zu sagen: in letzter Zeit sei aufgefallen, daß in Frankreich etwas optimistischere Äußerungen über England und die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit den Briten gefallen seien.<sup>3</sup> Ebenfalls sei aufgefallen, daß eine Reihe britischer Politiker – nicht nur Angehörige der Regierungspartei, sondern auch anderer Parteien – sich positiver geäußert hätten. Die britische Regierung habe erklärt, sie sei bereit, eine Zusammenarbeit ins Auge zu fassen, jedoch „nur, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt seien“.<sup>4</sup> Weitere konkrete Punkte ließen sich durch die Stichworte „England als wichtige EFTA-Macht – Kopenhagen – stärkere Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA“ umreißen. Man müßte nunmehr sehen, was all dies für die praktische Arbeit der Sechs für eine übersehbare Zeit bedeuten könne.

M. Couve de Murville antwortete, es treffe zu, daß sich, wenn auch vielleicht nicht der französische Standpunkt („notre position“), so doch die französische Beurteilung („notre appréciation“) zur Frage des Eintritts von England in den

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 10. Februar 1966 gefertigt und am 17. Februar 1966 von Ministerialdirigent Simon an Staatssekretär Carstens und Bundesminister Schröder weitergeleitet. Vgl. dazu Dok. 35, Anm. 1.

Hat Carstens am 20. Februar und Schröder am 14. April 1966 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Pompidou vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 17; B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 34, Anm. 12.

<sup>4</sup> Während ihrer Jahreskonferenz vom 1. bis 5. Oktober 1962 verabschiedete die Labour Party das Dokument „Labour and the Common Market“, in dem fünf Bedingungen für einen Beitritt Großbritanniens zur EWG aufgestellt wurden: 1) die Berücksichtigung der Interessen des Commonwealth; 2) die Freiheit zu einer eigenen Außenpolitik; 3) die Berücksichtigung der Interessen der EFTA; 4) die Möglichkeit einer eigenen Wirtschaftsplanung; 5) Garantien zur Sicherung der britischen Landwirtschaft. Vgl. dazu den Artikel „Labour's Prime Conditions for Economic Expansion“, THE TIMES, Nr. 55514 vom 5. Oktober 1962, S. 8.

Am 26. Januar 1966 berichtete Botschafter Blankenhorn, London, „die berühmten Fünf Bedingungen Labours für einen britischen Beitritt“ würden inzwischen „nach offiziellen Äußerungen pragmatisch“ ausgelegt. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1244.

Vgl. weiter Dok. 158, Anm. 29.

Gemeinsamen Markt im Verhältnis zu den letzten zwei bis drei Jahren<sup>5</sup> weiterentwickelt habe. Dies aus zwei Gründen: 1) weil die Vorstellung, die man sich vor Jahren über die Möglichkeiten einer politischen Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes in Richtung auf eine viel engere politische Union hin gemacht hatte<sup>6</sup>, sich nicht verwirklicht habe; sie sei nicht weiterverfolgt worden; und die Perspektiven für die Idee einer Union auch bei einer Wiederaufnahme der Gespräche seiner Auffassung nach nicht sehr groß seien. 2) Sicherlich habe in England eine Entwicklung stattgefunden und sei die dortige öffentliche Meinung heute eher aufgeschlossen für den Gedanken eines „Eintritts von England nach Europa“ („entrée de l'Angleterre en Europe“), wie die Engländer es nannten. Natürlich seien noch eine Reihe von Problemen zu lösen: zunächst die Frage des Pfund-Sterling<sup>7</sup>; hieraus könnten sich für die unmittelbar bevorstehende Zeit Schwierigkeiten im Zusammenhang mit einer Senkung der Zölle<sup>8</sup> ergeben. Natürlich gebe es auch politische Probleme, wie die allgemeine Haltung Englands zum Commonwealth, die im übrigen in engem Zusammenhang stehe zur Krise des Pfund. Das Commonwealth verflüchtige sich („s'estompe“) von Jahr zu Jahr, und seine Rolle nehme immer mehr ab.<sup>9</sup> Es verblieben die Schwierigkeiten auf landwirtschaftlichem Gebiet, die bei den Verhandlungen vor zwei Jahren so wichtig gewesen seien.<sup>10</sup> Es handele

<sup>5</sup> Die Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG scheiterten am 28./29. Januar 1963. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

<sup>6</sup> Zu den Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 34, Anm. 11.

<sup>7</sup> Die seit dem Zweiten Weltkrieg passive britische Handelsbilanz verschlechterte sich Ende 1964 und führte trotz umfangreicher internationaler Stützungsaktionen im November/Dezember 1964 und im Mai 1965 zu einer tiefgreifenden Krise der britischen Währung, die auch im Verlauf des Jahres 1965 nicht überwunden werden konnte. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 361. Vgl. ferner den „Jahresbericht über die wirtschaftliche Lage in Großbritannien 1965“, der vom Gesandten Freiherr von Ungern-Sternberg, London, am 22. September 1966 übermittelt wurde; Referat III A 5, Bd. 507.

Botschafter Blankenhorn, London, berichtete am 26. Januar 1966 zum Zusammenhang zwischen der Währungskrise und einem möglichen britischen EWG-Beitritt: „Im Vordergrund scheint hier die Beteiligung Großbritanniens am EWG-Haushalt zu stehen, darüber hinaus aber überhaupt die Frage, wieviel der Beitritt Großbritanniens direkt und indirekt kosten wird. Im Board of Trade wird die Meinung vertreten, die Zahlungsbilanzsorgen würden aufgrund der neuen Belastungen in der EWG vergrößert werden. Ob ein Ausgleich durch eine dann einsetzende, besonders günstige wirtschaftliche Entwicklung erfolge, wisse man nicht und könne es höchstens aufgrund eines ‚act of faith‘ annehmen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 235; Referat I A 2, Bd. 1244.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 113, Anm. 5.

<sup>9</sup> Am 22. Februar 1966 legte die britische Regierung ein Weißbuch vor, in dem weitreichende Maßnahmen u. a. für die Beziehung Großbritanniens zum Commonwealth angekündigt wurden. Für die kommenden Jahre war eine Reduzierung des Mannschaftsbestandes und der Ausgaben in Übersee vorgesehen. Der Stützpunkt Aden sollte 1968 aufgegeben werden. Weitere Truppenabzüge wurden aus dem südlichen Afrika geplant. Aus Malaysia und Singapur sollten Truppen nach Beendigung der Konfrontation mit Indonesien verlegt werden. In Europa sollte die Rheinarmee ihre gegenwärtige Stärke nur vorbehaltlich einer befriedigenden Regelung des deutsch-britischen Devisenausgleichs behalten. Vgl. dazu THE TIMES, Nr. 56563 vom 23. Februar 1966, S. 6. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 198–209 (Auszug).

<sup>10</sup> Am 22. April 1966 resümierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel die gescheiterten Beitrittsverhandlungen von 1963 und stellte fest, daß „die Einfügung der britischen Landwirtschaft in das System der EWG“ nach wie vor eines der Haupthindernisse darstelle: „Das Gemeinsame am System der Agrarpolitik der EWG und der britischen Agrarpolitik ist, daß die landwirtschaftlichen Produzenten höhere Preise erhalten, als sie der Markt hergeben würde. Die Methoden sind allerdings verschieden. Großbritannien verzichtet bei den meisten Agrarerzeugnissen auf Einfuhrkontrollen und läßt den Verbraucher in den Genuß der niedrigen Marktpreise kommen, die sich aus den freien Einfuhren ergeben. Die britische Agrarpolitik ist in Großbritan-

sich dabei in Wirklichkeit um das Problem der Preise: Frankreich stehe England in dieser Hinsicht näher als andere Länder, besonders Deutschland. Wenn man all dies mit berücksichtige, so könne man aber in der Tat von einer Entwicklung sprechen. Man müsse nunmehr die Perspektiven betrachten. Es falle ihm – Couve – schwer, in Beantwortung der Frage des Herrn Ministers zu präzisieren, was die Sechs tun könnten. Um ganz offen zu sein, möchte er zunächst betonen, daß es nicht zu einem Vorgehen der Fünf gegen einen kommen dürfe, auch nicht zu einer Aktion „Großbritannien plus Fünf gegen Frankreich“. Er würde dies für eine schlechte Praxis halten. Man müsse die Probleme als solche betrachten und versuchen, sie zu lösen. Für die Sechs halte er, vom praktischen Standpunkt aus gesehen, die Landwirtschaftspolitik für die wichtigste Frage.<sup>11</sup> Der Rest liege eher bei England und seiner währungspolitischen Lage, seinen Beziehungen zu dem Commonwealth, seiner allgemeinen Politik, seiner mehr oder weniger großen Lust, sich Europa anzuschließen.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß er die erwähnte Frage nur aus der Überlegung heraus gestellt habe, die Betrachtungen von M. Couve de Murville dazu kennenzulernen und nicht im Zusammenhang mit dem Gedanken, zur Zeit die EWG auf England auszudehnen. Er sei der Meinung, daß gegenwärtig noch sehr viel zu tun sei und daß man eigentlich noch ein großes Stück weiter kommen sollte mit dem Ausbau des Gemeinsamen Marktes, bevor sich die Frage eines Beitritts von Großbritannien wirklich stelle. Ungeachtet bestehender Wünsche oder des politisch Wünschbaren sei er der Auffassung, daß man heute den Zeitpunkt nicht voraussehen könne, an dem ein Beitritt Englands sich realisieren ließe.<sup>12</sup> Er glaube, wie gesagt, daß man auf der Grundlage der Sechs noch ein gutes Stück weiterkommen müsse, daß man noch viele weitere Aufgaben zu lösen habe, bevor das Problem sich stelle. Es werde noch längere Zeit vergehen, bevor sich etwas Konkretes ergebe. Wenn dem so sei – und hierin scheine sich die Meinung Couves mit seiner eigenen zu decken – stelle sich die Frage, was man konkret tun könne, um die Beziehungen zwischen EWG und EFTA zu verbessern. Er selbst habe keine konkreten Vorstellungen hierzu. Für ihn hänge alles vom Ausgang der Kennedy-Runde<sup>13</sup> ab, die für die Sechs wie auch für die EFTA sehr wichtig sei. Erst dann könne man sich ein Bild über die Auswirkungen machen. Wenn er sich nicht täusche, deckten sich auch in diesem Punkt die beiderseitigen Meinungen weitgehend.

Der *französische Minister* antwortete, er glaube sich mit allem, was der Herr Minister gesagt habe, einverstanden erklären zu können. Auch aus seiner Sicht werde sich die britische Frage erst in zwei bis drei Jahren stellen. England habe vielleicht noch in diesem Jahr Wahlen.<sup>14</sup> Die Frage des Pfund sei noch nicht gelöst. Man werde erst in zwei bis drei Jahren klarer sehen. In der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 180*

nien sehr viel weniger Kritik ausgesetzt, als die Agrarpolitik in den Gemeinschaftsländern. Der Grund dafür liegt darin, daß die Preise für Nahrungsmittel niedriger sind als in der EWG, dritten Ländern, insbesondere den Commonwealthländern, der britische Markt offen steht und die britischen Landwirte subventioniert werden.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1244.

<sup>11</sup> Zur französischen Auffassung über die Bedeutung der Agrarpolitik innerhalb der EWG vgl. Dok. 12, Anm. 12.

<sup>12</sup> Großbritannien wurde am 1. Januar 1973 Mitglied der Europäischen Gemeinschaften.

<sup>13</sup> Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 12, Anm. 25.

<sup>14</sup> Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 31. März 1966 statt.

Zwischenzeit gehe das Leben natürlich weiter und es ergäben sich in der Tat Probleme für die beiden genannten Organisationen. Nach dem jetzigen Stand der Dinge sollte man seiner Meinung nach das Hauptaugenmerk auf die Lösung der Kennedy-Runde richten. Es werde noch ein gutes Jahr dauern, bis die Erörterungen abgeschlossen seien und mit der Durchführung der Regelungen begonnen werden könne. Auf diese Etappe komme es vorerst an. Er ersehe darin Möglichkeiten für eine Erleichterung der Zollsenkungen und entsprechenden Folgen für die Beziehungen zwischen EWG und EFTA. Er glaube, daß es nicht praktisch wäre, an einen „Brückenschlag“ zu denken. Dieser von den Engländern gebrauchte Ausdruck habe für ihn – Couve – nicht viel Sinn. Man müsse die Zukunft im Auge haben: hier sehe er für die EFTA-Länder nur die Möglichkeit eines Beitritts oder einer Assoziierung an den Gemeinsamen Markt.

Der Herr *Minister* antwortete, er glaube, daß sich die Gedanken seines französischen Kollegen mit den seinen deckten.

M. Couve de Murville warf ein, diese Betrachtungen hätten keinen aktuellen Charakter, man müsse sich aber mit diesen Fragen beschäftigen, da sie zwangsläufig einmal auf einen zukommen würden.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß man auf deutscher Seite an der positiven Grundhaltung festhalte. Man müsse die Entwicklungsmöglichkeiten abschätzen, weswegen er die Frage hier angeschnitten habe.

Anschließend brachte er das Gespräch auf einen anderen Punkt: Es sei ihm aufgefallen, daß in einer Erklärung des Pressesprechers der französischen Regierung nach der Ministerratstagung von Luxemburg<sup>15</sup> ein Hinweis auf unterschiedliche Interpretationen einer Äußerung gemacht worden sei<sup>16</sup>, wonach im Gemeinsamen Markt größere Fortschritte erzielt werden könnten, wenn es zu einer besser organisierten politischen Zusammenarbeit komme. Am Vortage sei im Gespräch zwischen General de Gaulle und dem Herrn Bundeskanzler<sup>17</sup> das Wort „Politische Union“ gefallen. Er habe keine konkreten Vorstellungen über die französische Einschätzung der Möglichkeiten hierfür und wäre dankbar, wenn Herr Couve de Murville ihm etwas dazu sagen würde, damit er sich ein klareres Bild machen könne.

Herr Couve de Murville bestätigte, daß tatsächlich in Luxemburg gesagt worden sei – er glaube, er habe es selbst während einer Sitzung getan –, daß die Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes „eine gewisse politische Zusammenarbeit unter den Sechs voraussetze“<sup>18</sup>, d. h. die Entwicklung einer Atmosphäre des Vertrauens und eine gewisse Einheitlichkeit der Meinungen in den anstehenden Fragen. Als Beispiel führe er folgendes an: Wenn die Fragen

<sup>15</sup> Zur EWG-Ministerratstagung vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 25.

<sup>16</sup> Am 2. Februar 1966 berichtete Gesandter Limbourg, Paris, über eine Erklärung des französischen Staatssekretärs für das Informationswesen, Bourges: „Die französische Regierung habe festgestellt, daß man zu einem Übereinkommen gelangen könne, wenn sich die Regierungen zusammensetzten. Frankreich wolle aus dieser Luxemburger Erfahrung die Lehre ziehen, daß man erneut in Richtung einer politischen und europäischen Zusammenarbeit vorwärtsschreiten müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 172; Referat I A 2, Bd. 1331.

<sup>17</sup> Vgl. Dok. 34.

<sup>18</sup> Vgl. das Protokoll der außerordentlichen EWG-Ministerratstagung vom 28./29. Januar 1966; Referat I A 2, Bd. 1293.



der Agrarpolitik gelöst seien und der Abbau der gewerblichen Zölle vollzogen, d.h. wenn in zwei bis drei Jahren der Gemeinsame Markt fast vollendet sei, müsse man sich mit der äußerst wichtigen Frage der gemeinsamen Handelspolitik befassen. Ganz offensichtlich sei es sehr schwierig, die Handelspolitik von der Außenpolitik zu trennen, da beide weitgehend voneinander abhingen. Er glaube, daß es sehr schwierig sein würde für die Sechs, eine gemeinsame Handelspolitik zu betreiben, wenn sie nicht in der Außenpolitik zu gewissen gemeinsamen Beurteilungen kämen. Jedesmal wenn es zu einer Versöhnung komme, einige man sich über den Beginn der politischen Zusammenarbeit. Dies sei so, weil es fast einer Notwendigkeit entspreche. In den letzten 4 bis 5 Jahren sei jeder einzelne der Beteiligten viel bescheidener geworden; man glaube nicht mehr, daß man „sehr schnell sehr weit kommen könne“. Aber es scheine ihm von seinem Standpunkt aus betrachtet wichtig, von Zeit zu Zeit mindestens eine Konsultation durchzuführen; man sollte über die verschiedenen Angelegenheiten sprechen, um festzustellen, wo man einig sei und wo nicht, und versuchen, eine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte herbeizuführen. Es könnten von Zeit zu Zeit Treffen der Außenminister und auch der Regierungschefs stattfinden. Er würde darin nur Vorteile sehen. In der Praxis müßte man allerdings darauf bedacht sein, daß bei den Partnern nicht der Eindruck einer deutsch-französischen Lenkung entstehe, was diesen sicher nicht angenehm wäre. Er – Couve – glaube aber, daß die Italiener im gleichen Geiste mitmachen würden. Dies gelte zweifellos auch für Belgien. Was das „Phänomen Holland“ betreffe, habe man bisher feststellen können, daß auch dieses Land gefolgt sei, wenn die anderen Fünf unter sich einig gewesen seien.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß es vor seiner Amtszeit einmal regelmäßige Konsultationen unter den Außenministern gegeben habe<sup>19</sup>, die inzwischen eingeschlafen seien. Ob Herr Couve de Murville an etwas Ähnliches denke?

Der *französische Außenminister* bestätigte, daß in der Tat Ende 1959 oder Anfang 1960 beschlossen worden sei, daß die Außenminister der Sechs alle drei Monate zu einer Aussprache über die internationale Lage zusammenkommen sollten. Diese Praxis sei eingestellt worden, nachdem man sich im April 1962 nicht habe über den Fouchet-Plan<sup>20</sup> einigen können. Dies sei die Sachlage.

Der Herr *Minister* fragte, ob sein französischer Kollege es für gut halten würde, diese Praxis zu erneuern.

Herr *Couve de Murville* bejahte dies.

Der Herr *Minister* betonte, daß er selbstverständlich den Betrachtungen des

<sup>19</sup> Im Kommuniqué der EWG-Ministerratstagung vom 23. November 1959 wurde festgehalten: „Die sechs Außenminister sind übereingekommen, sich regelmäßig über die internationale Politik zu konsultieren. Diese Konsultationen werden sich gleichzeitig auf die politischen Auswirkungen der Tätigkeit der europäischen Gemeinschaften und auf die anderen internationalen Probleme beziehen. Die sechs Außenminister werden sich alle drei Monate an Orten treffen, die gemeinsam vereinbart werden.“ Für den Wortlaut vgl. EUROPÄISCHE POLITISCHE EINIGUNG 1949–1968. Dokumentation von Vorschlägen und Stellungnahmen, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1968, S. 90.

Die Konsultationen fanden regelmäßig bis zur Außenminister-Konferenz vom 17. April 1962 statt.

<sup>20</sup> Zu den Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 und vom 18. Januar 1962 vgl. Dok. 34, Anm. 11.

Herrn Bundeskanzlers, der selbst mit General de Gaulle einen Meinungsaustausch über diese Fragen führe, nicht vorgreifen wolle. Was ihn – den Herrn Minister – selbst betreffe, halte er es aber für einen natürlichen Gedanken, die regelmäßigen Zusammenkünfte der Außenminister wieder aufzunehmen.

Herr *Couve de Murville* wiederholte, daß er darin nur Vorteile sehen würde.

Der Herr *Minister* betonte, dies gelte ganz unabhängig von dem Gedanken, ob die Regierungschefs – die zuletzt im Juli 1961 in Bonn zusammengekommen seien<sup>21</sup> – ihrerseits erneute Treffen in Aussicht nähmen. Dies sei Sache der Regierungschefs selbst. Auf jeden Fall sei es für die Außenminister weniger schwierig zusammenzutreten als für die Regierungschefs. Der Gedanke einer Erneuerung der regelmäßigen Außenministertagungen erscheine ihm leichter zu sein. Wenn er verwirklicht werden könne, halte er es für etwas Positives.

Herr *Couve de Murville* bestätigte, daß er den Gedanken gut finde.

Der Herr *Minister* fügte hinzu, im übrigen bestehe ja kein Widerspruch zwischen den Zusammenkünften der Außenminister und gelegentlichen Treffen der Regierungschefs. Letztere würden wohl im starken Maße von persönlichen Entschlüssen abhängen.

Herr *Couve de Murville* unterstrich erneut die Nützlichkeit vierteljährlicher Außenministertreffen.

Der Herr *Minister* brachte dann das Gespräch auf die Bemerkungen seines französischen Kollegen über die Notwendigkeit der Übereinstimmung der gemeinsamen Handelspolitik mit der Außenpolitik, und fragte, ob Herr *Couve de Murville* der Auffassung sei, daß die Sechs in ihrer Außenhandelspolitik sehr weit auseinanderlägen.

Der *französische Außenminister* führte hierzu aus, wenn man von Handelspolitik spreche, so habe man es immer mit Sonderfällen zu tun. Auf diesem Gebiet vollziehe sich das Wesentliche von selbst. So könne man nicht von einer französischen Handelspolitik gegenüber den Vereinigten Staaten, England usw. sprechen, da sich die Handelsbeziehungen zwischen diesen Ländern natürlich abwickelten. Frankreich betreibe dagegen eine Handelspolitik gegenüber den kommunistischen und den unterentwickelten Ländern. So habe, abgesehen von den tarifpolitischen Fragen, die Kennedy-Runde insbesondere für die Entwicklungsländer Bedeutung. Er sehe doch einen Zusammenhang mit der internationalen Politik.

Der Herr *Minister* entgegnete, er glaube, daß es für die Sechs nicht so schwierig sein dürfte, sich auf einer Linie zu einigen, die akzeptabel sei. Er sei sich bewußt darüber, daß sich speziell für Deutschland im Zusammenhang mit den osteuropäischen Staaten Probleme ergeben.<sup>22</sup> In der Praxis sei man aber nicht so weit auseinander. Ein Problem, gewissermaßen das deutsche Spezialproblem, stelle sich allerdings im Zusammenhang mit der SBZ.<sup>23</sup>

Herr *Couve de Murville* unterstrich, daß sich naturgemäß alle über das Pan-kower Problem im klaren seien.

<sup>21</sup> Zur Konferenz vom 18. Juli 1961 vgl. Dok. 34, Anm. 16.

<sup>22</sup> Zur Frage der Handelsbeziehungen der EWG zu den osteuropäischen Staaten vgl. Dok. 25, Anm. 34.

<sup>23</sup> Zur EWG-Politik gegenüber der DDR vgl. Dok. 101, Anm. 10.

Der Herr *Minister* verwies anschließend auf das für Brüssel vorliegende umfangreiche Arbeitsprogramm<sup>24</sup> und erwähnte, daß er sich zunächst nicht daran beteiligen können, da er gedenke, in Urlaub zu fahren. Er sei aber überzeugt, daß nach seiner Rückkehr die Arbeiten nicht erledigt sein werden. Bekanntlich sei nach der seit einigen Jahren in Deutschland geltenden Zuständigkeitsverteilung für einen Teil der Aufgaben das Wirtschaftsministerium und für einen anderen Teil das Auswärtige Amt federführend. Was die in Luxemburg erörterte Zusammensetzung der Kommission<sup>25</sup> betreffe, habe die Bundesregierung die Absicht, an den bisherigen Personen festzuhalten und vor allem, Präsident Hallstein wieder vorzuschlagen. Er wisse nicht, ob Frankreich beabsichtige, neue Mitglieder zu benennen. Er persönlich bedauere, daß er sich nicht direkt an den Erörterungen beteiligen können, und habe keine Vorstellung davon, wie schnell eine Lösung gefunden werden könne.

Herr *Couve de Murville* antwortete, natürlich seien Personalfragen immer heikel und schwierig. Der Herr Minister habe vor drei Monaten im gleichen Raum gesagt, sie müßten mit Takt behandelt werden.<sup>26</sup> Frankreich habe noch keine Entscheidung über die Person seiner Vertreter getroffen. Der einzige Gedanke, der von französischer Seite hierzu in Luxemburg geäußert worden sei, beziehe sich auf ein System der Rotation der Präsidenten- und Vizepräsidentenposten. Ende dieses Monats werde ein erster Meinungsaustausch über diese Fragen stattfinden. Ein Ergebnis sei wohl erst in zwei bis drei Monaten zu erwarten.<sup>27</sup>

**VS-Bd. 8514 (Ministerbüro)**

<sup>24</sup> Zum Beschluß des EWG-Ministerrats vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 29, besonders Anm. 6.

<sup>25</sup> Vgl. dazu Dok. 25, besonders Anm. 31.

<sup>26</sup> Für das Gespräch vom 13. November 1965 vgl. AAPD 1965, III, Dok. 416.

<sup>27</sup> Zur Rotation im Präsidium der EWG-Kommission vgl. weiter Dok. 101.

## 38

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens****St.S. 257/66 geheim****9. Februar 1966<sup>1</sup>**

Betr.: Paris-Besuch des Herrn Bundeskanzlers vom 7./8. Februar 1966

Nach dem Mittagessen im Elysée am Montag, dem 7. Februar 1966, ließ General de Gaulle mich zu sich rufen. Er erkundigte sich zunächst nach meinen Eindrücken in der Sowjetunion.<sup>2</sup>

Ich sagte, ich hätte mit den Russen sehr ausführliche Gespräche geführt, darunter mehrere Stunden über die Deutschland-Frage. Die Russen hätten sich höflich verhalten. Ich hätte alle Aspekte des Problems mit ihnen erörtern können, aber sie hätten ihre Position nicht einen Millimeter verändert. Es sei für mich ganz klar gewesen, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bereit seien, über die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhandeln.

Der General meinte, man müsse den Russen neue Perspektiven eröffnen.

Ich antwortete, man müsse sich darüber im klaren sein, daß die Russen zur Zeit glaubten, ihren eigenen Interessen dadurch am besten zu dienen, daß sie ihre Positionen in Deutschland aufrecht erhielten. Es könne sehr wohl sein, daß die russische Interessenlage sich ändern würde.

Der General meinte, die nuklearen Projekte, die wir verfolgten<sup>3</sup>, störten die Russen und erschwerten daher eine Lösung der deutschen Frage.

Ich erwiderte, daß ich diesen Punkt mehrfach in Rußland angesprochen hätte. Ich hätte an die Russen die Frage gerichtet, ob sie bereit wären, über die Wiedervereinigung Deutschlands zu sprechen, wenn wir bereit wären, mit ihnen über die nukleare Frage zu sprechen. Die Russen hätten darauf zunächst überhaupt nicht reagiert, später hätten sie diese von mir gestellte Frage als erpresserisch bezeichnet.<sup>4</sup>

Der General meinte, er sei sich darüber im klaren, daß die nukleare Frage für die Russen nur ein Vorwand sei, um ihre rigorose Haltung in der Deutschland-Frage zu motivieren. Aber warum gebe man ihnen diesen Vorwand, mit dem sie in manchen Teilen der Welt einen gewissen Eindruck machten?

Ich sagte, es handle sich hier um eine sehr wichtige Frage unserer Sicherheit. Wir sähen das sowjetische Militärpotential weiterhin als sehr bedrohlich an. Vielleicht sei dies ein Punkt, wo die deutsche und die französische Auffassung nicht voll übereinstimme.<sup>5</sup>

Der General antwortete, sicher sei das sowjetische Militärpotential nach wie vor sehr groß und auch objektiv gefährlich. Man könne auch über eine längere

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 285.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Staatssekretärs Carstens vom 20. bis 27. September 1965 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>3</sup> Zum Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht vgl. Dok. 46.

<sup>4</sup> Vgl. das Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kusnezow vom 22. September 1965; AAPD 1965, III, Dok. 361.

<sup>5</sup> Zur unterschiedlichen Einschätzung des sowjetischen Militärpotentials vgl. auch Dok. 36.

Zeit keine Prognosen stellen; aber er glaube doch ziemlich sicher zu sein, daß die Russen im Augenblick keine aggressiven Absichten dem Westen gegenüber hätten. Sie würden nicht plötzlich über uns herfallen und uns in einen Krieg verwickeln. Natürlich sei es immer möglich, daß sie an einzelnen Stellen Schwierigkeiten machten, vielleicht auch in Berlin. Aber ein großer militärischer Konflikt sei zur Zeit wenig wahrscheinlich.

An dieser Stelle brach das Gespräch ab. Ich hätte sonst erwidert, daß unsere Sicherheitspolitik in erster Linie das gewaltige sowjetische Militärpotential und nicht die jeweilige und – wie wir doch wüßten – recht wandelbare politische Taktik der Sowjets in Betracht ziehen müsse.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>6</sup> mit dem Vorschlag der Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers<sup>7</sup> vorgelegt.

Carstens

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 17

### 39

#### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder

V 1-80.SL/2-9213/94/66 VS-vertraulich

14. Februar 1966<sup>1</sup>

Betr.: Sitzung des Kabinettsausschusses über Hilfe für Südvietnam<sup>2</sup>

I. Am 14. 2., 11.15 Uhr, erhielt ich die Mitteilung, daß die obenbezeichnete Sitzung im Innenministerium bereits angefangen habe, daß ein Vertreter des Auswärtigen Amts nicht erschienen sei, daß man aber einen solchen sofort zu entsenden bitte. Da Herr Staatssekretär nicht verfügbar war, begab ich mich sofort zur Sitzung.

Als ich dort eintraf, war ein großer Teil der Besprechungen schon vorüber. Ich berichte nachstehend über das Ergebnis dieser Besprechung, wobei ich auch verwende, was mir nachträglich über den Inhalt des ersten Teils mitgeteilt wurde.

II. Anwesend waren die Bundesminister Lücke, Scheel, Dahlgrün, Schwarzhaupt, die Staatssekretäre Langer, Nahm, Seiermann.

III. Der wesentlichste Punkt war, ob man der Auffassung folgen solle, wonach für Südvietnam „Menschen und die Flagge“ gestellt werden sollten. Minister Lücke war der einzige in dem Kreis, der diese Forderung unterstützte. Der Wortführer unter den Gegnern war Minister Scheel. Er plädierte für eine Di-

<sup>6</sup> Hat Bundesminister Schröder am 10. Februar 1966 vorgelegen.

<sup>7</sup> Hat Bundeskanzler Erhard am 23. Februar 1966 vorgelegen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Zur Einsetzung eines interministeriellen Ausschusses für die Vietnam-Hilfe vgl. Dok. 2, Anm. 5.

stanzierung vom Konflikt. Das Hospitalschiff<sup>3</sup> sei gut, man könne noch weitere Leistungen auf humanitärem Gebiet erbringen (hier wurden insbesondere Medikamentenpakete und Care-Pakete genannt, die durch Aufdrucke deutlich als von Deutschland kommend gekennzeichnet werden könnten, so daß auch auf diesem Wege die deutsche Beteiligung (Flagge) sehr wirkungsvoll unterstrichen werde). Scheel formulierte: alles, was getan wird, soll humanitären Charakter haben, es soll weder militärisch noch politisch sein. Über die humanitären Fragen solle der Kabinettsausschuß beraten und die Frage, ob man darüber hinaus auch zur Entsendung von Menschen gehen solle, dem Kabinett unterbreiten.<sup>4</sup> Diese Meinungsverschiedenheit blieb unausgetragen im Untergrund aller Einzelberatungen.

IV. Es wurde sehr energisch Kritik daran laut, daß die Botschaft in Saigon völlig unzulänglich besetzt sei. Die Mitteilung, daß demnächst mit Herrn Kopf ein tüchtiger und erfahrener Botschafter entsandt werde, wirkte beruhigend.<sup>5</sup>

V. Minister Dahlgrün forderte, er müsse bald darüber Bescheid wissen, in welcher Größenordnung die geplanten Maßnahmen den Bundeshaushalt belasten würden.<sup>6</sup>

VI. Was die Mitwirkung der caritativen Organisationen angeht, so wurde davor gewarnt, sie in selbständiger Rolle an der Bereitstellung der Mittel zu beteiligen. Sie würden unverzüglich fordern, daß alles, was durch sie geschehe, paritätisch auch Nordvietnam zugute kommen müsse<sup>7</sup>, man werde auf diese Weise die politische Zielsetzung der Aktion nicht nur gefährden, sondern ihr geradezu entgegenwirken.

VII. Wegen der Hilfe für Bauvorhaben brachten die Fachleute (vor allem Langer) vor, man werde wohl Material aufreiben können, aber niemals Menschen. Die Industrie werde nicht bereit sein, welche zu stellen und wenn wider Erwarten ja, so würden überdies die Kosten ins Unabsehbare laufen. Man werde, und zwar von Staats wegen, nicht nur völlig überhöhte Gehälter, sondern auch die Hinterbliebenenversicherung und dergleichen übernehmen müssen. Im-

<sup>3</sup> Zur Entsendung eines Hospitalschiffes nach Vietnam vgl. Dok. 8, besonders Anm. 6.

<sup>4</sup> Am 16. Februar 1966 brachte Bundesminister Lücke die Meinungsverschiedenheiten mit Bundesminister Scheel hinsichtlich der Vietnam-Hilfe in einer Kabinettsitzung zur Sprache. Bundeskanzler Erhard erklärte dazu, „diese Frage sei von erstrangiger politischer Bedeutung und von schwerwiegender Tragweite [...]. Es gehe nicht um militärische oder quasi militärische Hilfeleistungen, sondern es handle sich darum, auf humanitärem Gebiet zu helfen und unsere geistige Solidarität auch durch unsere personelle Präsenz sichtbar zu machen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Balken vom 28. Februar 1966; Referat I B 5, Bd. 240.

<sup>5</sup> Wilhelm Kopf übergab am 20. April 1966 sein Beglaubigungsschreiben an Präsident Nguyen Van Thieu. Vgl. dazu BULLETIN 1966, S. 440.

<sup>6</sup> Am 2. März 1966 beschloß das Bundeskabinett trotz der Einwände des Bundesministers Dahlgrün die Einrichtung eines eigenen Sachtitels im Bundeshaushalt für die Vietnam-Hilfe. Aus diesem Titel sollte zunächst eine Medikamentenlieferung im Wert von ca. 17 Mio. DM finanziert werden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Balken vom 21. März 1966; Referat I B 5, Bd. 240.

<sup>7</sup> Dazu erklärte der Präsident der Bundesärztekammer, Fromm, das Hospitalschiff „Helgoland [...] werde vom Deutschen Roten Kreuz in Verbindung mit dem Internationalen Roten Kreuz eingerichtet und solle ausschließlich der zivilen Bevölkerung dienen. Dabei werde nicht gefragt werden, zu welcher Seite die Patienten gehörten. Nordvietnam gehöre ebenfalls dem Internationalen Roten Kreuz an und könne sofort Einspruch erheben, wenn irgendein Mißbrauch mit dem Schiff vorkommen sollte.“ Vgl. den Artikel „Noch kein Chartervertrag über die Helgoland“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 17 vom 21. Januar 1966, S. 8.

merhin finden heute noch Gespräche zwischen Minister Lücke und der Industrie (Berg-Pfeiffer) statt.

VIII. Der Ausschuß soll auf Abteilungsleiterebene weiter tätig werden<sup>8</sup> (Vorsitzender Ministerialdirektor Thomsen, Innenministerium).

Auf Ministerebene soll er bei Bedarf wieder zusammentreten.<sup>9</sup>

Hiermit Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Kenntnisnahme.

gez. Thierfelder

VS-Bd. 4269 (II A 6/II A 8)

## 40

### Ministerialdirigent Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris

II B 2-83-53/106/66 geheim

14. Februar 1966<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 575

Aufgabe: 15. Februar 1966, 10.59 Uhr

Citissime

Betr.: Austausch von Manöverbeobachtern<sup>2</sup>

Auf Fernschreiben Nr. 236 vom 8. Februar<sup>3</sup>, Nr. 257<sup>4</sup> und 258 vom 9. Februar

I. Wir entnehmen Ihrer Berichterstattung, daß die Aussprache im Rat am 16.2.<sup>5</sup> den Amerikanern als Grundlage für ihre bis dahin zurückgestellten weiteren Sondierungen in Moskau dienen wird. Sie werden gebeten, in Fortführung Ihrer bisherigen Argumentation unseren Standpunkt wie folgt zu vertreten:<sup>6</sup>

<sup>8</sup> Am 18. Februar 1966 erörterten Ministerialdirektor Thomsen, Bundesministerium des Innern, Ministerialdirigent Böker und Botschafter Kopf die Koordinierung der Vietnam-Hilfe. Thomsen führte u. a. aus, das Bundesministerium des Innern beabsichtige, Medikamente im Wert von ca. 17 bis 18 Mio. DM bereitzustellen. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Böker; Referat I B 5, Bd. 240.

<sup>9</sup> Zur Vietnam-Hilfe der Bundesrepublik vgl. weiter Dok. 106.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Lankes konzipiert.

Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Kutscher und Scheske am 14. Februar 1966 zur Mitzeichnung vorgelegen.

Hat Botschafter Schnippenkötter am 14. Februar 1966 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Carstens am 15. Februar 1966 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 11.

<sup>3</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>4</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 9. Februar 1966 vgl. VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>5</sup> Zum Verlauf der Sitzung des Ständigen NATO-Rats vgl. den Drahtbericht Nr. 301 des Botschaftsrats I. Klasse Sahn, Paris (NATO), vom 16. Februar 1966; VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>6</sup> An dieser Stelle wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen: „und eine Präzisierung der amerikanischen Vorstellungen sowie der britischen Darlegungen herbeizuführen.“

- 1) Eine Vereinbarung zwischen der NATO und der Organisation des Warschauer Paktes sollte aus allen weiteren Überlegungen ausgeschlossen bleiben.
- 2) Wir haben keine Bedenken gegen eine Manöverbeobachtung, die auf<sup>7</sup> bilateralen Grundlage zwischen einzelnen unserer Verbündeten und einzelnen Staaten des Warschauer Paktes vereinbart oder verabredet wird und sich auf nationale Manöver auf dem<sup>8</sup> Hoheitsgebiet der jeweiligen Partner bezieht.<sup>9</sup>
- 3) Wir können uns<sup>10</sup> nicht damit einverstanden erklären, daß<sup>11</sup> Manöver auf deutschem Gebiet in solche bilateralen Absprachen<sup>12</sup>, die andere NATO-Partner mit den Sowjets oder anderen Ostblockstaaten schließen<sup>13</sup>, einbezogen werden<sup>14</sup>. Auch Sondierungen in dieser Richtung sollten unterbleiben.
- 4) Soweit Militärattachés ausgetauscht sind, würden wir es vorziehen, wenn die klassische Methode wieder auflebt und die Manöverbeobachtung in erster Linie durch gegenseitige Einladung der Militärattachés erfolgt. Die Entsendung besonderer Beobachter käme dann in Betracht<sup>15</sup>, wenn die Teilnahme von Spezialisten den militärischen Erkenntniswert der Manöver zugunsten des Westens erhöht.
- 5)<sup>16</sup> Wir behalten uns vor, im Rahmen unserer Bemühungen, das Verhältnis zu Moskau zu verbessern, der sowjetischen Regierung die gegenseitige Beobachtung von Manövern der beiderseitigen<sup>17</sup> Streitkräfte auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet vorzuschlagen. Wir erbitten zu dieser Erwägung die Meinung unserer Verbündeten.<sup>18</sup>
- 6) Wir gehen davon aus, daß uns Gelegenheit zur Teilnahme an allen Manövern geboten wird, zu denen Beobachter der Gegenseite eingeladen werden. Andererseits müssen wir Wert darauf legen, daß unsere Beteiligung an den

<sup>7</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „streng“.

<sup>8</sup> Die Wörter „nationale Manöver auf dem“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „beschränkt“.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen: „bis auf weiteres“.

<sup>11</sup> An dieser Stelle wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen: „irgend welche“.

<sup>12</sup> Der Passus „deutschem Gebiet ... Absprachen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Botschafters Schnippenkötter zurück. Vorher lautete er: „den Gebieten anderer Nato-staaten oder in Osteuropa in die bilaterale Beobachtung“.

<sup>13</sup> Der Passus „die andere ... schließen“ wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen: „also weder Manöver nationaler Stationierungskontingente noch gemeinsame Manöver verbündeter Truppen“.

<sup>15</sup> Die Wörter „käme dann in Betracht“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wäre allerdings dann denkbar“.

<sup>16</sup> An dieser Stelle wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen: „Die soeben erst eingetretene weitere Verschlechterung des Klimas zwischen uns und Moskau verbietet uns die parallele Teilnahme an Maßnahmen unserer Verbündeten.“

<sup>17</sup> Der Passus „vor, im Rahmen ... beiderseitigen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Botschafters Schnippenkötter zurück. Vorher lautete er: „jedoch vor, unter anderen Umständen der sowjetischen Regierung die gegenseitige Beobachtung von Manövern der nationalen“.

<sup>18</sup> Dieser Satz wurde von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Dabei könnte zugleich der bisher unterbliebene Austausch von Militärattachés erwogen werden.“



Erfahrungen unserer Verbündeten, die sich aus der Beobachtung von Manövern der Gegenseite ergeben, geregelt und sichergestellt wird.

II. Ausgehend von den Darlegungen des amerikanischen und vor allem des britischen Botschafters in der Ratssitzung vom 9.2.<sup>19</sup> interessiert, ob die Sowjets vorgeschlagen haben, die verbündeten Streitkräfte in Deutschland in die Reziprozität des bilateralen Verfahrens einzubeziehen, oder ob die Ablehnung vorsorglich von seiten unserer Verbündeten erfolgte.<sup>20</sup>

III. Auf Fernschreiben Nr. 272 vom 11. Februar<sup>21</sup> ergeht besonderer Erlass.<sup>22</sup>

Ruete<sup>23</sup>

**VS-Bd. 4078 (II B 2)**

<sup>19</sup> Zu den Ausführungen des amerikanischen und des britischen Botschafters bei der NATO, Cleveland und Shuckburgh, vgl. Dok. 11, Anm. 13.

<sup>20</sup> Der britische Botschafter bei der NATO, Shuckburgh, stellte gegenüber Botschafter Grewe, Paris (NATO), am 16. Februar 1966 fest, „daß man in London bei Prüfung der Angelegenheit auch die Einbeziehung der Rheinarmee erwogen, aber verworfen habe. Die Sowjets hätten diese Frage bisher nicht angeschnitten, sie seien auch nicht von der britischen Haltung unterrichtet worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 301 des Botschaftsrats I. Klasse Sahn, Paris (NATO); VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. weiter Dok. 75.

<sup>21</sup> Für den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahn, Paris (NATO) vgl. VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>22</sup> Für den Drahterlass Nr. 207 des Legationsrats I. Klasse Lankes vom 15. Februar 1966 vgl. VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>23</sup> Paraphe vom 14. Februar 1966.

## 41

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete****II A 1-85.50/1 PASS/241/66 VS-vertraulich****15. Februar 1966<sup>1</sup>**Betr.: Passierscheingespräche<sup>2</sup>;

hier: Beratung des Staatssekretär-Ausschusses am 18.2.1966

Bezug: Aufzeichnung Abteilung II vom 23.11.1965 – II A 1 – 85.50/1-2192/65  
VS-vertraulich<sup>3</sup>

I. Die Analyse des Gesprächsgegenstandes über die Passierscheinfrage und die Beurteilung der Möglichkeiten und Richtung des Fortgangs der Besprechungen in der am 25.1. eingeleiteten neuen Phase hat von folgenden Tatbeständen auszugehen:

1) Neben der öffentlichen Erklärung des SBZ-Unterhändlers bei Unterzeichnung der Übereinkunft am 25. November 1965, daß „die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur weiteren Führung von Passierscheinverhandlungen ... bereit sein werde“<sup>4</sup>, hatten Kohl und Korber vertraulich vereinbart, daß die Gespräche etwa Mitte Januar auf Grund eines fernschriftlichen Briefwechsels Korber/Kohl ohne besondere Formalitäten (Vollmachtsfrage) fortgesetzt werden sollten.<sup>5</sup> Die Gespräche sind auf diese Weise am 25.1.1966 wiederaufgenommen worden.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Wieck konzipiert.

<sup>2</sup> Am 25. November 1965 einigten sich der Beauftragte des Senats von Berlin, Senatsrat Korber, und der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, auf eine Passierschein-Vereinbarung. Diese ermöglichte den Bewohnern des westlichen Teils der Stadt in der Zeit vom 25. November 1965 bis 31. März 1966 den Besuch von Verwandten in Ost-Berlin. Für den Wortlaut der 3. Passierschein-Vereinbarung vgl. DzD IV/11, S. 953–955.  
Vgl. dazu auch AAPD 1965, III, Dok. 434.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Krapf gab eine Übersicht über den Stand der Passierschein-Gespräche. Dabei ging er von zwei Überlegungen aus, die miteinander im Konflikt stünden: „Unser Interesse an dem Zustandekommen von Begegnungen zur Förderung eines gesamtdeutschen Gemeinschaftsgefühls; dies spricht für eine Passierscheinregelung; unser Interesse an dem Nichtzustandekommen eines dauernden Kontakts mit Pankow; dies spricht gegen eine Passierscheinregelung.“ Er sprach sich zwar für eine Fortsetzung der Gespräche aus, forderte aber „Festigkeit“ bei den Verhandlungen, um eine größtmögliche „Pankower Konzessionsbereitschaft“ zu erreichen. Dazu sei es hilfreich, „die Westberliner Öffentlichkeit zu Äußerungen zu veranlassen, daß sie nicht bereit sei, entscheidende Positionen für das ‚Linsengericht‘ der sowjetzonalen Angebote aufzugeben. Es sollte jedenfalls angestrebt werden, daß die Erklärung der anderen Seite über die Fortführung der Verhandlungen so ausfällt, daß sie eine diesbezügliche Verpflichtung Pankows enthält und keine ‚Wohilverhaltens‘-Verpflichtung des Berliner Senats impliziert.“ Vgl. VS-Bd. 3562 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Staatssekretärs beim Ministerrat der DDR, Kohl, vgl. DzD IV/11, S. 957 f.

<sup>5</sup> Legationsrat Blech vermerkte am 22. November 1965 aus einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, daß eine Fortsetzung der Passierschein-Gespräche „im Januar 1966 nach der Weihnachtsbesuchszeit durch F[ern]S[chreiben] vereinbart werden könnte. Ferner habe er zu verstehen gegeben, daß bei neuen Gesprächen die Vollmachtsfrage von seiner Seite nicht mehr aufgeworfen würde. Er habe klar gemacht, daß seine Seite an einer isolierten Weihnachtsregelung, die von der Härtestellenregelung losgelöst sei, nicht interessiert sei; die Härtestelle müsse auch dann noch arbeiten, wenn gleichzeitig normaler Besuchsverkehr stattfinde.“ Vgl. VS-Bd. 3562 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

2) Im Einvernehmen mit der Bundesregierung (Beratung des Staatssekretärsausschusses am 10.1.1966) hat Korber am 25.1. Entwürfe für ein Protokoll über Härtefälle unter Ausdehnung des zugelassenen Personenkreises und mit Laufzeit 1.4.1966 – 31.3.1967 und für ein Protokoll über allgemeine Verwandtenbesuche mit vier Besuchsperioden, der Erweiterung des Personenkreises und der Ausdehnung auf den Berliner Friedhof in Stahnsdorf (Laufzeit 1.3.1966 – 31.1.1967) übergeben.<sup>6</sup> Im übrigen schlossen sich die Entwürfe an die bisherigen Formulierungen, vor allem in den politisch und rechtlich relevanten Abschnitten, an. Die Frage des Besuchs in der „Umgebung Berlins“ blieb wegen der damit verbundenen rechtlichen Fragen auf Wunsch der Bundesregierung zunächst ausgeklammert.<sup>7</sup> Kohl behandelte das Thema des „Wohlverhaltens des Berliner Senats“.

3) Am 4. Februar übergab Kohl den Entwurf eines mit Laufzeit bis zum 30.6. und auf zwei Besuchsperioden beschränkten Entwurfs<sup>8</sup>, der ganz abgesehen von diesem „Weniger“ in der Substanz gegenüber den vergangenen Arrangements mit einer Reihe entscheidender Formulierungsunterschiede und Auslassungen praktisch eine neue Verhandlungs- und Rechtsgrundlage für die aus der Sicht Berlins und der Bundesregierung in erster Linie aus humanitären Gründen wünschenswerten Übereinkünfte herstellte.

Die Änderungen gegenüber den vorherigen Übereinkünften bestehen in folgendem:

- a) Der Entwurf nimmt keinen Bezug auf die Übereinkunft vom 24. September 1964<sup>9</sup> oder 25. November 1965;
- b) der Entwurf verwendet für Ostberlin nur noch die Bezeichnung „Hauptstadt der DDR“, ersetzt die Bezeichnung Übergänge durch die Bezeichnung „Grenzübergänge“ und die Bezeichnung „Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Berlin“ durch „Deutsche Post der DDR“;
- c) der Entwurf enthält keine Bestätigung des ungeachtet bestehender politischer und rechtlicher Standpunkte von beiden Seiten verfolgten Zieles, „das humanitäre Anliegen zu verwirklichen“. (Nichteinigungsklausel, Hinweis auf humanitären Zweck)<sup>10</sup>;

<sup>6</sup> Für das Protokoll über das Gespräch vom 25. Januar 1966 vgl. VS-Bd. 4138 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 25. Januar 1966; Referat II A 1, Bd. 408.

<sup>7</sup> Ministerialdirektor Krapf schlug am 25. Januar 1966 vor, „darauf hinzuwirken, daß die kommenden Passierscheinverhandlungen nicht auf das Thema ‚Besuch der Umgebung Berlins‘ ausgedehnt werden“. Zur Begründung führte er eine Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Sympher vom 24. Januar 1966 an, der darauf hingewiesen hatte, daß man sich mit einem solchen Schritt „in jene Zwischenzone begeben [würde], die heute gemeinhin als die ‚Aufwertung‘ der SBZ bezeichnet wird. Die in diese Zwischenzone fallenden Vorgänge [...] entziehen sich weitgehend einer rein rechtlichen Beurteilung und müssen daher in erster Linie mit politischen Maßstäben gemessen werden.“ Für die Aufzeichnungen vgl. VS-Bd. 4189 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. dazu weiter Dok. 127.

<sup>8</sup> Für das Protokoll über das Gespräch vom 4. Februar 1966 und für den Entwurf einer Passierschein-Vereinbarung der DDR vgl. VS-Bd. 4138 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der 2. Passierschein-Vereinbarung vgl. DzD IV/10, S. 987–990. Vgl. dazu auch AAPD 1964, II, Dok. 258.

<sup>10</sup> Protokoll der 3. Passierschein-Vereinbarung vom 25. November 1965: „Ungeachtet der unterschiedlichen politischen und rechtlichen Standpunkte ließen sich beide Seiten davon leiten, daß es möglich sein sollte, dieses humanitäre Anliegen zu verwirklichen. [...] Beide Seiten stellten fest,

d) der Entwurf enthält keine salvatorische Klausel über die Bezeichnungen;  
 e) der Entwurf spricht von „Verhandlungen“, wo bisher auf „Besprechungen“ verwiesen wurde.

f) Die Annahmestellen sollen vier statt drei Wochen geöffnet bleiben und damit die SBZ-Präsenz in Berlin-West<sup>11</sup> ausweiten. Das gleiche Ziel wird mit dem Erfordernis der gesonderten Antragstellung für jede Besuchsperiode, der Beseitigung des Hausrechts des Senats in den Passierscheinstellen und mit der schon früher vorgebrachten Forderung, Passierscheine für Härtefälle auch in den Passierscheinstellen selbst ausstellen zu können, angestrebt.

g) Die kurze Laufzeit des Abkommens wird von der Regelung des 25. November übernommen, d. h. der damals von uns hingenommene Nachteil<sup>12</sup> wird zur Regel gemacht.

Entgegen der von der „Neuen Zürcher Zeitung“ am 11.2.1966 berichteten Auffassung, daß auch die Unterschriftsklausel („Auf Weisung ...“) abgeändert worden sei<sup>13</sup>, ist festzustellen, daß in dieser Beziehung keine Änderung eingetreten ist.

Der Entwurf ist wegen seines politischen und rechtlichen Gehalts und zumindest zunächst auch wegen seiner kurzen Fristen und der Erschwerung des Passierscheinverfahrens von Bundesregierung und Senat abgelehnt worden.<sup>14</sup>

4) Am 10. Februar ist in der dritten Besprechung<sup>15</sup> kein Fortschritt erzielt worden. Kohl warf dem Senat vor, einerseits ein Abkommen mit der „DDR“ anzustreben und andererseits Nichtanerkennung der „DDR“ zu betreiben (Wohlverhaltens-Forderung). Korber erklärte, daß keine Einigung in Aussicht sei, wenn Ost-Berlin auf dem jetzt eingenommenen Standpunkt verharre. Für den Fall des Scheiterns der Gespräche über den Gesamtkomplex sei zu klären, wie die Fortführung der Tätigkeit der Härtestelle<sup>16</sup> gesichert werden könne. Die

*Fortsetzung Fußnote von Seite 193*

daß eine Einigung über die Orts-, Behörden- und Amtsbezeichnungen nicht erzielt werden konnte.“ Vgl. DzD IV/11, S. 953 f.

<sup>11</sup> In der 3. Passierschein-Vereinbarung vom 25. November 1965 war geregelt, daß in den Passierscheinstellen, die in Berlin (West) eingerichtet wurden, u. a. „bis zu 300 Angestellte der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Berlin/der Deutschen Post der DDR [...] tätig werden.“ Vgl. DzD IV/11, S. 955.

<sup>12</sup> Die 2. Passierschein-Vereinbarung vom 24. September 1964 galt für die Zeit vom 30. Oktober 1964 bis 12. November 1964, vom 19. Dezember 1964 bis 3. Januar 1965 und zu Ostern sowie zu Pfingsten 1965 jeweils während eines Zeitraumes von 14 Tagen. Vgl. dazu DzD IV/10, S. 987.

<sup>13</sup> Vgl. den Artikel „Krise in den Berliner Passierscheinverhandlungen“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernaussage, Nr. 41 vom 11. Februar 1966, Bl. 2.

<sup>14</sup> Staatssekretär Carstens hielt am 14. Februar 1966 aus einem Telefongespräch mit Bundesminister Westrick die Äußerung des Berliner Senators Schütz fest, „der Senat von Berlin lehne die gegenwärtigen Angebote der anderen Seite auf das entschiedenste ab. Es werde aber erwogen, im März dieses Jahres Verhandlungen über eine Verlängerung der Härtestelle anzubieten.“ Vgl. VS-Bd. 4138 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>15</sup> Für das Protokoll vgl. VS-Bd. 4138 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>16</sup> Die 3. Passierschein-Vereinbarung vom 25. November 1965 räumte Einwohnern von Berlin (West) das Recht ein, „in dringenden Familienangelegenheiten mit Passierscheinen ihre nächsten Verwandten in Berlin (Ost)“ besuchen zu dürfen. Diese Regelung galt für die gesamte Laufzeit der Passierschein-Vereinbarung und war somit nicht an bestimmte Besuchszeiträume gebunden. Die Passierscheinstelle, die diese Härtefälle bearbeitete, befand sich in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 196. Vgl. die Anlage zur Passierschein-Regelung vom 25. November 1965; DzD IV/11, S. 953 f.

Fortsetzung der Gespräche – nach Auffassung Korbbers nicht vor Ablauf von 14 Tagen, also frühestens am 25. 2. – wurde in Aussicht genommen.

5) Es ist festzustellen,

- daß die Gespräche in eine Sackgasse geraten sind;
- daß die Fortsetzung der Gespräche gleichwohl als vereinbart anzusehen ist;
- daß die Entwürfe hinsichtlich ihrer Form, sowie ihres politischen und substantiellen Inhalts (Personenkreis, Lauffrist) weit auseinanderklaffen;
- daß die sowjetzonale Haltung in der westlichen Presse und vom Senat auch nach außen hin verurteilt worden ist<sup>17</sup>;
- daß bis zum Auslaufen der jetzigen Vereinbarung über Härtefälle noch ein Zeitraum von ca. 6 Wochen besteht (31. 3. 1966);
- daß bisher kein umfassender Gedankenaustausch zwischen Senat und Bundesregierung über den Fortgang der Gespräche stattgefunden hat (zuletzt vor Beginn dieser Gesprächsphase am 10. 1. 1966)<sup>18</sup>;
- daß die Frage, ob für die Zone möglicherweise ein Zusammenhang zwischen den SBZ-Auftragswünschen für Großrohre (7300 t über 19 Zoll Durchmesser)<sup>19</sup> und dem Fortgang der Passierscheingespräche besteht, noch nicht exploriert worden ist. (Es handelt sich um 7300 t Großröhren mit Durchmesser über 19 Zoll und 3500 t Röhren unterhalb des von der NATO-Embargo-Empfehlung vom November 1962<sup>20</sup> erfaßten Durchmessers).

II. Abteilung II schlägt folgende Gesprächsführung vor:

1) Eine Annahme des Kohl-Entwurfs ist ausgeschlossen.

<sup>17</sup> Vgl. dazu den Artikel „Passierschein-Gespräche ohne Fortschritte“, DIE WELT, Nr. 35 vom 11. Februar 1966, S. 1. Vgl. ferner den Artikel „Les relations de Bonn avec Moscou et Berlin-Est accusent une nouvelle dégradation“, LE MONDE, Nr. 6560 vom 15. Februar 1966, S. 3.

<sup>18</sup> Ministerialdirigent Ruete notierte am 16. Februar 1966 nach einem Gespräch mit dem Berliner Senator Schütz: „Der Berliner Senat sieht im Augenblick keine Chancen für das Zustandekommen eines Protokolls über allgemeine Verwandtenbesuche“. Zudem bestünde „gegenwärtig kein dringendes westliches Interesse am Zustandekommen eines Protokolls über allgemeine Verwandtenbesuche; der ‚kritische‘ Zeitpunkt komme erst kurz vor Weihnachten. Angesichts dieser Lagebeurteilung schwebt dem Senat folgende weitere Behandlung der Angelegenheit vor: kein dramatischer Abbruch, aber doch ein Einstellen der Gespräche, wobei jedoch ‚die Fäden nicht abreißen‘ sollen. Für das Protokoll über Verwandtenbesuche müsse ein günstigerer Zeitpunkt abgewartet werden. Wegen einer Regelung für Härtefälle könne man eventuell im März eine lockere Abmachung treffen“. Vgl. VS-Bd. 4138 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>19</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Klarenaar notierte am 10. bzw. 15. Februar 1966, das Angebot der DDR an die Firma Phönix-Rheinrohr AG, Düsseldorf, habe einen Gesamtwert von ca. 6 Mio. DM. Die Lieferung der Rohre, die angeblich für den Ausbau verschiedener städtischer Gasleitungsnetze in der DDR bestimmt seien, müsse jedoch „im Lichte des NATO-Beschlusses vom 21. November 1962“ abgelehnt werden. Vgl. VS-Bd. 8349 A (III A 4); B 150, Aktenkopien 1966. Am 12. Oktober 1966 vermerkte Ministerialdirektor Harkort, der Technische Überwachungsverein Rheinland habe „die mangelnde Eignung der Rohre für den Öl- bzw. Gastransport“ festgestellt. Daraufhin habe die Bundesregierung die Liefergenehmigung erteilt. Vgl. VS-Bd. 8349 A (III A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>20</sup> In Übereinstimmung mit einem Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 erließ die Bundesregierung am 18. Dezember 1962 eine Rechtsverordnung, durch die rückwirkend der Export von Großröhren mit einem Außendurchmesser von mehr als 19 Zoll in die UdSSR und die übrigen Ostblock-Staaten genehmigungspflichtig wurde. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 238 vom 18. Dezember 1962, S. 1. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 9 und Dok. 11.

Begründung: Die Sowjetunion und das Pankow-Regime dürfen aus Passierscheinvereinbarungen keinen Gewinn zur Durchsetzung ihrer Spaltungs- und Berlin-Politik ziehen. Die Häufung von kürzer befristeten Laufzeiten bei Übereinkünften der bisherigen Art ist, wenn überhaupt, nur dann tragbar, wenn keine politisch und rechtlich belastenden, mehrdeutigen oder zweifelhaften Formulierungen verwandt werden. Besondere Vorsicht ist angesichts der verstärkten sowjetisch/sowjetzonalen Bemühungen zur Durchsetzung ihres Standpunktes in der Berlin-Frage gegenüber den anderen osteuropäischen Mächten erforderlich. Bei kurzen Laufzeiten sollte nach Möglichkeit ein Mehr in politischer Beziehung oder eine Verbesserung der Besuchsmodalitäten angestrebt werden.

2) Wir wünschen weiterhin das Zustandekommen von Begegnungen zur Förderung und Erhaltung des Gemeinschaftsgefühls des deutschen Volkes und aus allgemeinen humanitären Gründen.

Begründung: Wenn schon keine konkreten Ansätze auf dem Wege zur Wiedervereinigung bestehen oder sich abzeichnen, muß in dem leider eng gesetzten Rahmen der menschlichen Begegnung ein Substanzverlust des Zusammengehörigkeitsgefühls und des Bewußtseins einer weiterhin bestehenden Schicksalsgemeinschaft im deutschen Volk vermieden werden.

3) Die Gespräche sollten deshalb mit dem Ziele fortgesetzt werden, die andere Seite zur Annahme unserer Vorschläge zu bewegen – notfalls mit kürzerer Laufzeit. Ob von diesem Gesprächsspielraum Gebrauch gemacht werden soll, wäre erst im Lichte weiterer Sondierungen der Absichten der anderen Seite zu entscheiden. Wir sollten die Gespräche nicht von uns aus abbrechen.

Begründung: Die Fortführung der Gespräche kann u. U. bei Festigkeit gegenüber den Vorschlägen der anderen Seite und in der Rechtfertigung der eigenen Protokollentwürfe zum Einlenken Kohls führen und überläßt es der anderen Seite, notfalls abzubrechen.

Eine eindeutige Bewertung der SBZ-Absichten ist noch nicht möglich. Der verhältnismäßig frühe Zeitpunkt in der gegenwärtigen Gesprächsphase läßt der Zone noch mehrere Wege offen.

Das Regime könnte darauf hoffen, unsere feste Haltung mit der Zeit aufzuweichen, besonders unsere Position in den politischen und rechtlichen Fragen – eventuell erst in einem Weihnachtsarrangement.

Das Regime könnte auch darauf hoffen, daß die kurzen Lauffristen als Regelfall akzeptiert werden und ihr Verhandlungsgewinn vom 25. November damit konsolidiert wird.

Es ist auch möglich, daß das Regime zu dem Schluß gekommen ist, daß der außenpolitische Nutzen, den sie aus den Übereinkünften gezogen hat, gegenüber den Nachteilen, die sie mit den Besuchsperioden hat auf sich nehmen müssen, zu gering ist. In diesem Fall hätte sie das Scheitern der Gespräche zu verantworten.

4) Die Möglichkeit einer auf die Härtefälle beschränkten Regelung wäre zu prüfen. Aus der Sicht des Auswärtigen Amtes bestehen gegenüber einem solchen Vorgehen nicht unerhebliche Bedenken:

Begründung: Der politische Nutzen würde eindeutig auf der anderen Seite liegen: es finden Gespräche statt; es werden Abmachungen getroffen; der politi-

sche Nachteil der bisherigen Vereinbarungen für die Zone, nämlich die Häufung der Begegnungen und die Gegenüberstellung der freien Menschen aus dem Westen mit der Bedrückung im Sowjetsektor würde vermieden werden. Die Begegnungen im Rahmen der Härtefälle-Regelung sind zahlenmäßig gering. Die Zulassung solcher Treffen neutralisiert die im Leben des Einzelnen bei solchen persönlichen Krisen- und Schicksalsfällen besonders virulent werdenden Gefühle der Ablehnung gegenüber dem Regime. Die Zone würde aus der wenn auch nur noch in abgeschwächter Form bestehenden Verpflichtung zu Passierscheinvereinbarungen der bisherigen Art entlassen.

Unter dem Eindruck des am Ende des Jahres bevorstehenden Weihnachtsfestes und nach einer längeren Pause in den neuen Besuchen wird die Zone auf ein politisch günstigeres Ergebnis bei der zur Diskussion stehenden Regelung der Verwandtenbesuche hoffen.

5) Eine intensive Öffentlichkeits- und Pressearbeit zur Darlegung unserer Ziele erscheint angezeigt und nützlich. Die verhärtete sowjetzonale Position könnte als weiteres Beispiel für den unmenschlichen Charakter des Zonenregimes dargestellt und auch auf diese Weise Druck auf das Zonenregime ausgeübt werden. Die Zone wollte sich bekanntlich mit den Passierscheinabmachungen von dem Vorwurf des Terrorregimes (Mauerbau) befreien.

Begründung: Die Zone ist wegen des Mauerbaus, der Schießbefehle sowie der damit verbundenen menschlichen Tragödien und ihres Prestiges im In- und Ausland darauf bedacht, ihren Ruf als humane, gesellschaftsfähige „Regierung“ herzustellen. Der Vorwurf der Inhumanität trifft sie mit am härtesten.

Hier mag auch eine Rolle spielen, daß die Sowjetunion auf eine krisenhafte Entwicklung in Berlin offenbar zur Zeit keinen Wert legt und deshalb ein mittelbares Interesse an Passierscheinregelungen haben könnte.<sup>21</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär für die Sitzung der Staatssekretäre<sup>22</sup> am 18. Februar vorgelegt.

i. V. Ruete

VS-Bd. 4138 (II A 1)

<sup>21</sup> Vgl. weiter Dok. 53.

<sup>22</sup> Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen.

## 42

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath

II A 5-82.00/94.27/84/66 geheim

19. Februar 1966

I. Seit dem Vortrag von D II i. V.<sup>1</sup> und Referat II A 5 bei dem Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> am 16. 2. hat sich folgendes ereignet:

1) Den Leiter der Vertretung Tschechoslowakischer Außenhandelsgesellschaften, Herrn Handelsrat Novy, habe ich fernmündlich verständigt, daß er in meiner Abwesenheit mit Frau Finke-Osiander in Verbindung treten möge. Er teilte mit, er habe aus Prag noch keine Antwort hinsichtlich Ort und Zeit für die Abhaltung der in Aussicht genommenen Besprechungen<sup>3</sup> erhalten.

2) Am Spätnachmittag des 17. 2. rief mich Herr Blumenfeld an und teilte mit: Sein tschechoslowakischer Gesprächspartner in Berlin habe ihn wissen lassen, daß seinen Vorgesetzten in Prag von der Fühlungnahme Auswärtiges Amt/Frankfurt/Prag noch nichts bekannt geworden sei. Es sei deshalb wahrscheinlich, daß das Außenhandelsministerium als vorgesetzte Dienststelle des Herrn Novy dem Außenministerium nichts oder nur wenig weitergegeben habe. Ich habe diese Möglichkeit gegenüber Herrn Blumenfeld bejaht.

(Es besteht aber auch durchaus die Möglichkeit, daß die Tschechen ein doppeltes Spiel spielen und nach wie vor über die tschechoslowakische Militärmission in Berlin unsere gegenwärtigen Vorstellungen herauszubekommen suchen.

Das tschechoslowakische Außenministerium müßte durch die tschechoslowakische Militärmission außerdem von unserer grundsätzlichen Gesprächsbereitschaft schon aus den – Herrn Bl[umenfeld] unbekannten – Unterhaltungen ihres Leiters mit Herrn Schwarzmann unterrichtet sein.)<sup>4</sup>

Herrn Blumenfeld habe ich gesagt, daß dem Herrn Staatssekretär der langsame Gang der Kontakte über Frankfurt auch wenig gefalle und wir deshalb überlegten, welche Wege noch denkbar seien. Es gäbe ja z. B. auch an dritten Plätzen deutsche Botschafter, die ihren tschechoslowakischen Kollegen kennen. Hier meinte Herr Blumenfeld freundlich, aber sehr rasch, da wolle er doch

<sup>1</sup> Ministerialdirigent Ruete.

<sup>2</sup> Karl Carstens.

<sup>3</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 3.

<sup>4</sup> Am 29. September 1965 teilte der Leiter der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin (West), Krepelak, dem Leiter der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts, Schwarzmann, mit, die tschechoslowakische Regierung sei „an einer Fortsetzung der Verhandlungen durchaus interessiert, und man sei in Prag bemüht, für die beiden grundsätzlichen Fragen, Berlin-Klausel und Annullierung [des] Münchener Abkommens, eine gangbare Lösung zu finden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 196 vom 30. September 1965; VS-Bd. 8373 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1965.

Ministerialdirektor Krapf plädierte am 12. Oktober 1965 für eine positive Reaktion, stellte jedoch fest: „Um zu vermeiden, daß die Tschechen unsere Verhandlungsposition falsch einschätzen, sollte ihnen deutlich gesagt werden, daß sich unsere Haltung in der Frage der Einbeziehung Berlins seit dem Abbruch der Verhandlungen nicht geändert hat.“ Vgl. VS-Bd. 3966 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965.



ein Veto einlegen. Man solle keinesfalls seine Berliner Gesprächspartner umgehen.<sup>5</sup>

Die tschechoslowakische Seite sei ja davon ausgegangen, daß man allein oder zusammen einmal ein Papier konzipiere. Sein Vorschlag sei jetzt, daß jemand vom Auswärtigen Amt nach Berlin fahre. Er selbst brauche gar nicht dabei zu sein, zumal er sich mit Arbeitsüberlastung sehr gut entschuldigen könne. (Auf diesen Vorschlag kam Herr Bl[umenfeld] am 18.2. nicht mehr zurück – vgl. unten Ziffer 4).

Als Herr Blumenfeld sagte, daß er in der Angelegenheit den Herrn Staatssekretär habe sprechen wollen, aber nicht erreicht habe, habe ich gesagt, daß der Herr Staatssekretär auch ausdrücklich die Absicht geäußert habe, vor weiteren Überlegungen unsererseits sich mit Herrn Bl[umenfeld] zu besprechen. Herr Bl[umenfeld] sagte, er sei am 18. und 19. Februar in Hamburg und stände Herrn Staatssekretär fernmündlich gern zur Verfügung. – Telefon Hamburg 32 13 81.

3) Als ich am Nachmittag des 18.2. erfuhr, daß die Mitteilungen zu 1) und 2) den Herrn Staatssekretär nicht mehr am gleichen Tag erreichen würden, habe ich Herrn Blumenfeld nochmals angerufen und ihm gesagt, daß ich seine Mitteilungen für den Herrn Staatssekretär aufgezeichnet habe<sup>6</sup>, daß aber die Vorlage ihn wohl erst am 19.2. erreichen dürfte.

4) Nunmehr wies Herr Blumenfeld auf folgendes hin:

Sein Gesprächspartner habe sich erneut mit ihm in Verbindung gesetzt und gesagt, es sei doch am besten, wenn man von ihm, Herrn Blumenfeld, ein Papier über unsere Vorstellungen erhalte. Man solle doch den Weg über Frankfurt einstweilen fallen lassen. Er, Herr Blumenfeld, sei nunmehr wirklich dafür, unsere Vorstellungen in der Sache zu Papier zu bringen. Nach Übergabe des Papiers und einer ersten Unterhaltung werde er sich zurückziehen.

Eine Formulierung von Herrn Blumenfeld, „Ihre Dienststelle hat sich ja mit der tschechoslowakischen Dienststelle bereits unterhalten“, faßte ich dahin auf, daß die Tschechen ihm von dem Kontakt zu Herrn Dr. Schwarzmann erzählt hätten, und sagte deshalb, daß Herr Dr. Schwarzmann den Leiter der Militärmission<sup>7</sup> ebenfalls kenne.

Hier sagte Herr Bl[umenfeld] sofort, daß er selbst ein Papier übergeben und das erste Gespräch in Berlin führen müsse.

Meine Bemerkung, daß Formulierungen zur Einbeziehung Berlins oder zum Münchener Abkommen<sup>8</sup> doch sehr problematisch seien, zumal man sich wegen

<sup>5</sup> Am 22. November 1965 wurde dem CDU-Abgeordneten Blumenfeld mitgeteilt, daß der Leiter der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin (West), Krepelak, Interesse an einem Besuch von Blumenfeld in Prag signalisiert habe. Dazu stellte Ministerialdirektor Krapf am 25. November 1965 fest: „Der tschechische Schritt ist interessant, weil er zum ersten Mal einen Hinweis dafür gibt, daß die tschechische Seite in der Berlin-Klausel zu einem gewissen Entgegenkommen bereit sein könnte. [...] Vom Standpunkt der Abteilung II aus wäre ein solches Gespräch, das die Verhandlungen mit den Tschechen wieder in Gang bringen könnte, sehr zu begrüßen, und insbesondere auch deswegen, weil die Initiative von den Tschechen ausgegangen ist.“ Vgl. VS-Bd. 3966 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>6</sup> Für die Aufzeichnung vom 18. Februar 1966 vgl. VS-Bd. 4209 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>7</sup> Oldrich Krepelak.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

der Einbeziehung Berlins im Frühjahr 1965 ja fast einig gewesen sei<sup>9</sup>, und daß jedes in der Sache weiche Papier unsere Ausgangsposition in neuen Verhandlungen bedenklich erschweren könne, tat er freundlich, aber deutlich mit der Bemerkung ab, daß dies fast ein Jahr her sei und daß man etwas forscher an die Sache herangehen solle. Das sei der Vorteil, wenn Politiker beteiligt seien.

II. Vor einer Entscheidung, wie weiter prozediert werden soll, erscheint es zweckmäßig, sich folgendes zu vergegenwärtigen:

1) Seit fast 2 Jahren versucht das Tschechoslowakische Außenministerium, den Austausch von amtlichen Vertretungen zu verhindern und lediglich ein Handelsabkommen abzuschließen. Als wir fest blieben, scheiterte beides.

2) Das tschechoslowakische Außenhandelsministerium wird von der Notwendigkeit, ein Handels- und ein Handelsvertretungsabkommen unter Einbeziehung Berlins abzuschließen, nur zu überzeugen sein, wenn

- Erhöhung des Handelsvolumens,
- Vorteile einer teilweisen Liberalisierung und
- gewisse Kreditvorteile

ihr eine positive Haltung sinnvoll erscheinen lassen.

Wir haben diese Karte bisher falsch ausgespielt; der Handel ist 1965 um ca. 20% gewachsen. (Die Frage könnte zwischen Abteilung II, III und V und dem B[undes]W[irtschafts]M[inisterium] geprüft werden).

3) Die etwaige Annahme, daß Frankfurt und das Außenhandelsministerium gegen und die Berliner Militärmission mit den hinter ihr stehenden Dienststellen für eine Verständigung mit uns sei, vereinfacht die Dinge zu sehr. Wir müssen leider davon ausgehen, daß alle tschechoslowakischen Stellen gemeinsam tätig sind, um die eigene Ausgangsposition zu verbessern und unsere zu verschlechtern.

Für Prag dürfte inzwischen klar sein, daß man über Frankfurt jetzt mit uns reden muß, während man über Berlin noch hoffen kann, die deutschen Vorstellungen vielleicht noch vor ersten Gesprächen herauszufinden.

4) In einer Mitteilung an die tschechoslowakische Seite dürfte es kaum möglich sein, bereits sachliche Angebote zu übermitteln:

a) Unser Standpunkt in der Berlinfrage hat sich – entgegen den tschechoslowakischen Erwartungen, die zu einer Vertagung der Verhandlungen geführt haben – nicht geändert. Neue Vorschläge unsererseits in dieser Frage zu unterbreiten, wäre erst dann sinnvoll, wenn eine grundsätzliche tschechoslowakische Bereitschaft erkennbar ist, an einer konstruktiven Lösung mitzuwirken. Dies ist bisher nicht der Fall.

b) Jede Äußerung, die wir zur Grenzfrage und zum Münchener Abkommen abgeben könnten, würde hinter den öffentlich erhobenen tschechoslowakischen Forderungen zurückbleiben. Die tschechoslowakische Seite hat in Gesprächen immer wieder betont, daß es ihr vor allem darauf ankomme, daß die Bundesregierung aus ihrer offiziellen Haltung „Konsequenzen ziehe“, indem sie sich

<sup>9</sup> Zum Scheitern der Verhandlungen am 15. März 1965 vgl. Dok. 3, Anm. 3.

von den Äußerungen radikaler Vertriebener distanzieren und ihnen die finanzielle und moralische Unterstützung entziehen.<sup>10</sup>

Bei dieser Ausgangslage sollten wir abwarten, welche Wünsche auf diesem Gebiet von tschechoslowakischer Seite an uns herangetragen werden und ihnen dann so weit wie möglich entgegenkommen. Wir sollten aber nicht durch ein Papier, mit dem wir bisherige Positionen preisgeben (und – im Falle ungenügender tschechoslowakischer Reaktion – vielleicht sogar Herrn Bl[umenfeld] desavouieren müssten), hervortreten.

III. Auch bei Berücksichtigung der Punkte zu II wäre eine Aktivierung der deutsch-tschechoslowakischen Vorbesprechungen auf folgende Weise denkbar:

1) Da keine Bedenken dagegen bestehen, daß die tschechoslowakische Seite die Herrn Novy gemachten Mitteilungen auch auf anderem Wege erhält, könnte man Herrn Bl[umenfeld] Gelegenheit geben, eine wohlwollende Erklärung abzugeben. Damit wäre seinen berechtigten Wünschen Genüge getan und wir wären alsdann in der Lage – auch ohne weitere Unterrichtung von Herrn Bl[umenfeld] –, unsererseits aktiver zu werden.<sup>11</sup>

2) Herr Schwarzmann hat mit dem Leiter der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin ein Abschiedstreffen vereinbart. Man könnte wie folgt prozedieren:

a) Herr Bl[umenfeld] übergibt das Papier.<sup>12</sup>

b) Herr Schwarzmann erwähnt, daß er zwischen dem 11. und 15.3. zu einem Abschiedstreffen zur Verfügung stehe und daß zufällig ein Beamter des Auswärtigen Amtes in Berlin sei, den er mitbringen könne.

Dieser Beamte könnte Frau Finke-Osiander sein. Man könnte auch Herrn v. Marschall unauffällig nach Berlin schicken. Auch ich könnte das Gespräch führen, weil ich zur Feier des 90. Geburtstags eines Onkels am 14.3. mich als Hausgast bei Herrn Schwarzmann aufhalten möchte.

c) Zweck des Gesprächs wäre – und dies müßte Herr Schwarzmann seinem Gesprächspartner vorher sagen –, die Reihe der Vorgespräche zu eröffnen, deren Fortsetzung in Bonn oder Prag bei Beginn des Gesprächs gleichzeitig zu vereinbaren wäre.

d) Herr Novy wäre aus „Zufall“ oder „Versehen“ von a) und b) zunächst nicht zu unterrichten.<sup>13</sup>

3) In groben Zügen könnte Freiherr v. Mirbach unterrichtet werden, weil er über gute Kontakte zu seinem damaligen Gesprächspartner, Herrn Kohout (jetzt ebenfalls Botschafter in Indien) verfügt und weil auf diesem Wege dafür gesorgt werden kann, daß unsere Anregungen an die richtige Stelle kommen.<sup>14</sup>

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 31, besonders Anm. 17.

<sup>11</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben und mit einem Häkchen versehen.

<sup>12</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben und mit einem Häkchen versehen.

<sup>13</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen.

<sup>14</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben und mit einem Häkchen versehen.

Dies hätte außerdem den Vorteil, daß wir zur Abwechslung einmal das Spiel genauso spielen wie die Tschechen, die unsere Reaktionen und Antworten stets möglichst an verschiedenen Stellen testen.

IV. Herrn Bl[umenfeld] wäre vielleicht mitzuteilen, daß es begrüßt würde, wenn er eine Mitteilung (Anlage 1)<sup>15</sup> übergäbe. Wenn der Inhalt, was wahrscheinlich ist, Herrn Bl[umenfeld] nicht genügt, könnte man die Mitteilung dadurch „anreichern“, daß man sagt, der deutschen Seite schwebte eine Einbeziehung Berlins über eine alte Vereinbarung und eine Erklärung zum Münchener Abkommen auf deutschem Boden vor, wie sie Herr Bundeskanzler schon in den USA ausgesprochen habe.<sup>16</sup> Wenn Herr Bl[umenfeld] als einsichtiger und mutiger Politiker weitergehen und z. B. sagen möchte, daß die Bundesrepublik Deutschland keine territorialen Ansprüche hat (statt „erhebt“), wäre das zu begrüßen. Wir müßten ihn aber fairerweise daran erinnern, daß er dies auf eigene Verantwortung tun müsse und daß er bisher wegen seiner – von uns richtig verstandenen Erklärung – zur Oder-Neiße-Linie<sup>17</sup> nicht zu sehr hervortreten wollte. Diese Grenze scheine uns bei diesen Formulierungen erreicht.

Der Entwurf der zunächst nicht „angereicherten“ Erklärung liegt bei.

Wir sollten Herrn Bl[umenfeld] vielleicht auch nicht verhehlen, daß der Vorschlag der Berliner Militärmission, den Weg über Frankfurt einstweilen fallen zu lassen, sehr danach aussieht, daß man von der Zusage der Aufnahme von Vorbesprechungen noch einmal herunterkommen will, bis man über Berlin unsere Vorstellungen schriftlich ausgekundschaftet hat.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>18</sup> vorgelegt.

Es wird vorgeschlagen, daß

a) der Herr Staatssekretär das Gespräch mit Herrn Bl[umenfeld] im Sinne von IV baldmöglichst führt<sup>19</sup>,

<sup>15</sup> Dem Vorgang beigelegt. Im Entwurf der Erklärung vom 18. Februar 1966 begrüßte die Bundesregierung eine Wiederaufnahme von Verhandlungen über ein Handelsabkommen sowie über die Errichtung von Handelsvertretungen und erklärte die Bereitschaft zur sofortigen Aufnahme von „vertraulichen vorbereitenden Gesprächen“. Vgl. VS-Bd. 4209 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>16</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vom 11. Juni 1964 vgl. Dok. 31, Anm. 8.

<sup>17</sup> Der CDU-Abgeordnete Blumenfeld äußerte am 8. November 1965 in einem Interview mit „Radio Free Europe“, daß bei Verhandlungen zwischen Polen und einem wiedervereinigten Deutschland über die Grenzen Korrekturen möglich seien. Dazu führte er aus: „Falls Korrekturen der gegenwärtigen deutschen Ostgrenze am Widerstand der polnischen Regierung und des polnischen Volkes scheitern sollten, werden wir der jetzigen Grenze an Oder und Neiße zustimmen müssen.“ Vgl. den Artikel „Notfalls Oder-Neiße-Grenze“, DIE WELT, Nr. 261 vom 9. November 1965, S. 2.

Zur Reaktion auf die Erklärungen von Blumenfeld vgl. den Artikel „CDU-Politiker kritisieren Denkschrift“, DIE WELT, Nr. 272 vom 23. November 1965, S. 2.

<sup>18</sup> Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen.

<sup>19</sup> Am 23. Februar 1966 übermittelte Ministerialdirigent Ruete dem CDU-Abgeordneten Blumenfeld die Bitte des Staatssekretärs Carstens, „die Gespräche mit der Tschechoslowakei über seinen Gesprächspartner wieder in Gang zu setzen“. Blumenfeld lehnte jedoch das ihm von Ruete zur Übergabe an die tschechoslowakische Seite bestimmte Papier ab, „da es keine Formulierung zur Berlin-Klausel und zur Frage des Münchener Abkommens enthalte“. Den Hinweis von Ruete, „daß dies den Tschechen taktische Vorteile böte“, wies Blumenfeld mit der Bemerkung zurück, „daß er den Tschechen [...] die Zusage gegeben habe, daß er zu beiden Punkten schriftliche Formulierungen vorlegen werde. Wenn er jetzt ein inhaltsloses Papier übergebe, bedeute dies einen Gesichtverlust für ihn und einen Rückschritt in den Vorverhandlungen.“ Eine nachfolgende Besprechung mit Carstens ergab, daß Blumenfeld „Formulierungsvorschläge für eine Berlin-Klausel und für ei-

- b) im Anschluß daran Herr Schwarzmann und Botschafter Freiherr v. Mirbach<sup>20</sup> gemäß II, 2) und 3) unterrichtet und um Bericht gebeten werden,
- c) nach Eingang der Stellungnahme von Herrn Schwarzmann entschieden wird, ob und ggf. welcher Beamte an seinem Abschiedsgespräch<sup>21</sup> teilnehmen soll.<sup>22</sup>

i. V. Luedde-Neurath

VS-Bd. 4209 (II A 5)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 202*

ne Stellungnahme zum Münchener Abkommen [...] als ‚persönliche Entwürfe‘ erhalten solle. Vgl. die Aufzeichnung von Ruete vom 24. Februar 1966; VS-Bd. 4209 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. weiter Dok. 54.

<sup>20</sup> Für den Drahterlaß Nr. 134 des Ministerialdirigenten Ruete an die Botschaft in Neu-Delhi vom 23. März 1966 vgl. VS-Bd. 4209 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

Botschafter Freiherr von Mirbach teilte am 4. April 1966 mit, daß sein tschechoslowakischer Kollege Kohout keine Angaben über die „Auffassung seiner Regierung hinsichtlich einer Fortführung der Verhandlungen“ machen könne. Vgl. den Drahtbericht Nr. 320; VS-Bd. 4209 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>21</sup> Hans Schwarzmann wurde am 19. März 1966 nach Bonn versetzt und zum Chef des Protokolls ernannt.

<sup>22</sup> Am 15. März 1966 trafen der Leiter der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts, Schwarzmann, und Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath mit dem Leiter der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin (West), Krepelak, zusammen. Ministerialdirigent Ruete vermerkte dazu am 23. März 1966, „daß die tschechoslowakische Seite bisher alle Gespräche führt, um herauszufinden, ob wir von unserer bisherigen Haltung in der Berlin-Frage abgehen und welche Vorstellungen wir zur Frage der Ungültigkeit des Münchener Abkommens haben [...]. Es scheint den Tschechoslowaken [...] darauf anzukommen, uns zu einer weichen Haltung [...] zu bewegen, bevor sie zur Frage des ‚Heimatrechts‘ und der ‚revanchistischen‘ Forderungen neue Erklärungen von uns verlangen.“ Vgl. VS-Bd. 4209 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

## 43

### Botschafter Knappstein, Washington, an Staatssekretär Carstens

**Z B 6-1/1387/66 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 409**  
**Cito**

**Aufgabe: 21. Februar 1966, 19.35 Uhr**  
**Ankunft: 22. Februar 1966, 02.06 Uhr**

Nur für Staatssekretär Carstens<sup>1</sup>

Betr.: Angebliche amerikanische Forderungen auf Entsendung deutscher Truppen nach Vietnam<sup>2</sup>

Bezug: DE 108 vom 29. 1. 66 geh.<sup>3</sup>; DE 184 vom 21. 2. 66 VS-v<sup>4</sup>; DB 229 vom 28. 1. 66; DB 260 vom 4. 2. 66; DB 328 vom 14. 2. 66; DB 381 vom 18. 2. 66 geh.<sup>5</sup>; DB 389 vom 18. 2. 66<sup>6</sup>

I. Die Botschaft hat die hiesigen öffentlichen Erörterungen über die Frage eines eventuellen deutschen militärischen Beitrags für Vietnam in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt und laufend darüber berichtet. In den letzten Tagen ist diese Frage durch Äußerungen der Senatoren Russell (D.-Ga.<sup>7</sup>) und Stennis (D.-Miss.<sup>8</sup>), über die verschiedene Zeitungen berichteten, sowie durch einen Artikel von Trehwhitt in der „Baltimore Sun“ vom 17. 2., in dem auf Äußerungen McNamaras in den Hearings des Armed Services Committee des Senats verwiesen wurde, erneut diskutiert worden.

Die genannten Äußerungen McNamaras zu der Frage der Entsendung deutscher Truppen nach Vietnam wurden erst dieser Tage, allerdings in sehr stark gekürzter Fassung, veröffentlicht; sie sind in der Anlage wiedergegeben. So-

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auch B[undes]K[anzler] A[mt]. W[ieder]v[or]lage zur Kab[inetts]sitzung.“

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 2.

<sup>3</sup> Vgl. Dok. 24.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „20. 2. 66 VSV“.

Staatssekretär Carstens bat „dem Komplex [...] besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es erscheint ganz ausgeschlossen, daß wir Truppen nach Vietnam entsenden werden. Deswegen sind amerikanische Forderungen dieser Art gefährlich. Sie erwecken dort falsche Hoffnungen, denen Ärger und Enttäuschung folgen. Hier verstimmen sie.“ Vgl. VS-Bd. 431 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>5</sup> Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete von einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Leddy, über das „Hochspielen der angeblichen amerikanischen Forderung nach einem deutschen militärischen Einsatz in Vietnam“. Leddy habe betont, daß die Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara „nicht die Meinung Ruskis und des Präsidenten wiedergäben. Bei dem letzten Besuch des Bundeskanzlers wie auch bei späteren internen Besprechungen im State Department sei völlig klargestellt worden, daß von der amerikanischen Regierung die Entsendung von deutschen Truppen nach Vietnam nicht gefordert werde.“ Vgl. VS-Bd. 2649 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>6</sup> Gesandter von Lilienfeld, Washington, teilte mit, der Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium, Puhan, habe „das Hochspielen der Angelegenheit in der amerikanischen und deutschen Presse“ bedauert und eine offizielle Richtigstellung durch die amerikanische Botschaft in Bonn angekündigt. Vgl. VS-Bd. 1700 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>7</sup> Democrat – Georgia.

<sup>8</sup> Democrat – Mississippi.

weit der Artikel von Trehwhitt auf weitergehende Ausführungen McNamaras anspielt, ist die Botschaft bemüht, von den zuständigen Stellen nähere Aufschlüsse zu erlangen. Weiteren Bericht behalte ich mir insoweit vor.<sup>9</sup>

Der Sprecher des State Department hat, wie dort bekannt, am Mittwoch, den 16.2., alle Gerüchte, die US-Regierung bemühe sich, die Bundesregierung zur Entsendung von Truppen nach Vietnam zu bewegen, als unwahr bezeichnet.<sup>10</sup>

II. So unerwünscht die wiederholte Forderung nach einem deutschen militärischen Beitrag durch Senatoren und Pressestimmen auch für uns sein mag, so sollte ihr Gewicht doch nicht überschätzt werden. Soweit festgestellt werden konnte, haben lediglich die Senatoren Pastore (D.-R.I.<sup>11</sup>), Russell (D.-S.C.<sup>12</sup>), Stennis (D.-Miss.), Ellender (D.-La.<sup>13</sup>), Ervin (D.-N.C.<sup>14</sup>) und Thurmond (R.-S.C.<sup>15</sup>) bisher entsprechende Forderungen erhoben. Mit Ausnahme von Pastore handelt es sich bei den genannten Senatoren um sehr konservative Vertreter der Südstaaten, deren Einfluß im Senat durchaus begrenzt ist. Außer in dem zitierten Aufsatz von Trehwhitt haben diese Stimmen in der Öffentlichkeit bisher kein wesentliches Echo gefunden. Die offizielle Haltung der Regierung ist eindeutig; wie mir und meinen Mitarbeitern auf allen Ebenen im State Department versichert worden ist, respektiert man die Gründe, die gegen eine Entsendung deutscher Truppen nach Vietnam sprechen, und teilt unsere Bedenken.

Ob die oberste militärische Führung allerdings unsere Gründe wirklich akzeptiert, ist eine andere Frage. Ich habe jedoch die Hoffnung, daß sich auch McNamara auf die Dauer unseren Argumenten nicht verschließen wird. Jedenfalls werde ich eine geeignete Gelegenheit suchen, ihm unseren Standpunkt erneut in aller Ausführlichkeit nahezubringen.

III. Im übrigen halte ich es nicht für opportun, über das von uns bisher schon Unternommene hinaus (vgl. DB 381 geh. und 389 vom 18.2.) die amerikanische Regierung erneut auf die negativen Wirkungen hinzuweisen, die die Äußerungen der genannten Senatoren in Deutschland hervorgerufen haben. Sowohl Leddy als auch Bundy haben sich bereit erklärt, innerhalb der Regierung darauf hinzuwirken, daß ähnliche Äußerungen wie die von McNamara im Armed Services Committee des Senats sich nicht wiederholen.

<sup>9</sup> Am 23. Februar 1966 berichtete Botschafter Knapstein, Washington: „Ein Einblick in die gestrichenen Teile des Protokolls über die Hearings mit McNamara [...] ist, wie uns im State Department vertraulich gesagt wurde, nicht möglich, da der ungekürzte Text parlamentarische Verschlusssache sei. Unsere Gesprächspartner unterstreichen jedoch, daß auch der ungekürzte Text der Äußerungen von McNamara nichts enthalte, woraus zu ersehen sei, daß der Verteidigungsminister die Entsendung ‚deutscher Kampftruppen‘ nach Vietnam gefordert hätte. Seine Äußerungen stellten keine Änderung der Regierungshaltung dar, einen größeren deutschen Beitrag in Vietnam zwar zu wünschen, es jedoch allein dem deutschen Ermessen anheimzustellen, in welcher Form ein solcher Beitrag geleistet werden solle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 417; VS-Bd. 1700 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>10</sup> Vgl. dazu den Artikel „Some Senators Favor Widening of German Efforts in Vietnam“, THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39473 vom 19./20. Februar 1966, S. 3.

<sup>11</sup> Democrat – Rhode Island.

<sup>12</sup> Democrat – South Carolina.

<sup>13</sup> Democrat – Louisiana.

<sup>14</sup> Democrat – North Carolina.

<sup>15</sup> Republican – South Carolina.

Ebenso halte ich es nicht für tunlich, im jetzigen Augenblick von uns aus weitere öffentliche Erklärungen abzugeben; wir sollten eine Ausweitung der Diskussion vermeiden, die bis jetzt auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis beschränkt geblieben ist. Ich habe jedoch meine Mitarbeiter angewiesen, auf Anfragen entsprechend der im Bezugserlaß Nr. 108 vom 29.1. geh. enthaltenen Sprachregelung zu antworten. Mir scheint es allerdings auch zweckmäßig, den berufskonsularischen Vertretungen die Argumente des Bezugsdrahterlasses Nr. 108 zugänglich zu machen, um auch sie in den Stand zu setzen, Anfragen der regionalen Presse entsprechend zu beantworten. Zu diesem Zweck schlage ich einen entsprechenden Runderlaß des Geheimhaltungsgrades VS-NfD vor, der außer den Argumenten des DE 108 auch die noch ausstehende rechtliche Bewertung eines deutschen militärischen Einsatzes in Vietnam enthalten sollte. Die letztere erscheint mir besonders wichtig, und ich wäre dankbar, wenn sie so bald wie möglich übermittelt werden könnte.<sup>16</sup>

#### IV. – Anlage –

Auszüge aus „Hearings before the Committee on Armed Services and the Subcommittee on Department of Defense of the Committee on Appropriations, US Senate“ 20., 21., 24., 25.1. und 2.2.66

Seite 121: „Senator Jackson: Would it not be appropriate, and certainly pertinent, to mention the constitutional provisions that we imposed on the Japanese government regarding their defense forces. – Secretary McNamara: Yes, it is pertinent, Senator Jackson; it is also pertinent to recall the German law which restricts the use of German troops, a law which we had much to do with formulating. (Deleted).“ (Das Wort bedeutet, daß eine weitere Äußerung an dieser Stelle weggelassen wurde.)

Seite 123: „Secretary McNamara: ... I think that over a reasonable period of time we can expect the Western European nations, particularly Germany, to play a much greater role outside of Western Europe than they have so far and over a reasonable period of time I think we can expect Germany to play a more important role militarily in the defense of the free nations (deleted). I think we can expect other nations (deleted) to assist us in a far greater degree than they do at present.“

Seite 200: „Senator Thurmond: ... I presume you will continue efforts to try to induce them (the Germans) to come in and come in in sufficient numbers to really help you in Vietnam. – Secretary McNamara: We will indeed, Sir.“

[gez.] Knappstein

**VS-Bd. 1700 (II A 7)**

<sup>16</sup> Vgl. Dok. 115.



## 44

**Ministerialdirigent Ruete an die  
Ständige Vertretung bei der NATO in Paris****II A 7-81.04/94.08/92.42/588/66 geheim****23. Februar 1966<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 690****Aufgabe: 24. Februar 1966, 16.30 Uhr**Betr.: Verteidigungshilfe für Griechenland und die Türkei<sup>2</sup>Bezug: Drahtbericht Nr. 286 vom 15. 2. NATOgerma Paris<sup>3</sup>

Entgegen der Auffassung der Regierungen einiger NATO-Mitgliedstaaten hat die Bundesregierung stets den Standpunkt vertreten, daß der Zypernkonflikt<sup>4</sup> keinen Anlaß geben sollte, die in Übereinstimmung mit Artikel 3 des Nordatlantik-Pakt-Vertrages<sup>5</sup> an Griechenland und die Türkei zur Stärkung der Südostflanke der NATO gerichtete Verteidigungshilfe auszusetzen oder einzustellen.

Die Bundesregierung hat sich dabei von der Überzeugung leiten lassen, daß eine Fortführung der NATO-Verteidigungshilfe geeignet sein werde, bei den Partnerstaaten – und zwar bei Regierung und Bevölkerung – das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen, für den Bestand beider Länder gleich bedeutungsvollen Bündnissystem zu stärken, und eine Grundlage für das Bemühen um eine friedliche Auseinandersetzung über die aus der Zypernfrage resultierenden Gegensätze zu schaffen.

Die Bundesregierung beabsichtigt daher, in Übereinstimmung mit der Resolution des NATO-Ministerrats vom 15. Dezember 1965<sup>6</sup> die deutsche Verteidigungshilfe unverändert fortzuführen. Dabei sollen bei der Auswahl der zu liefernden Ausrüstungsgegenstände auf die besondere Lage Bedacht genommen und hinsichtlich ihrer Verwendung im ausschließlichen NATO-Interesse Vorkehrungen in den Verteidigungshilfe-Abkommen getroffen werden. Es soll in-

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Legationsrat Ristedt konzipiert.

Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Schwörbel und Middellmann am 23. Februar 1966 zur Mitzeichnung vorgelegen.

Hat den Staatssekretären Carstens und Lahr am 24. bzw. am 26. Februar 1966 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu auch AAPD 1965, III, Dok. 451.

<sup>3</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. VS-Bd. 1139 (II A 7).

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 17.

<sup>5</sup> Artikel 3 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Um die Ziele dieses Vertrags besser zu verwirklichen, werden die Parteien einzeln und gemeinsam durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die eigene und die gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe erhalten und fortentwickeln.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289.

<sup>6</sup> Dazu Absatz 13 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 14. bis 16. Dezember 1965 in Paris: „Die Minister billigten eine Entschließung, durch die der Ständige Rat aufgefordert wurde, ein auf der Teilnahme von möglichst vielen Mitgliedstaaten beruhendes Programm für Verteidigungshilfe an Griechenland und die Türkei für das Jahr 1966 aufzustellen und für die möglichst unverzügliche Durchführung der in dieser Hinsicht übernommenen Verpflichtungen zu sorgen. Der Ständige Rat wird den Ministern auf ihrer Tagung im Frühjahr 1966 über die Durchführung dieses Programms Bericht erstatten und auf der Grundlage diesbezüglicher Studien über die Verteidigungsplanung Vorschläge für ein Programm für 1966 machen“; vgl. BULLETIN 1965, S. 1603 f.

dessen davon abgesehen werden, die Hilfeleistung von anderen als den erwähnten Bedingungen abhängig zu machen.<sup>7</sup>

Der vorstehende Drahterlaß wird für Diplogerma Athen und Ankara lediglich zur eigenen Information übermittelt.

Ruete<sup>8</sup>

VS-Bd. 1139 (II A 7)

## 45

### Botschafter Freiherr von Welck, Bern, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/1468/66 VS-vertraulich

Aufgabe: 24. Februar 1966, 16.25 Uhr

Fernschreiben Nr. 24

Ankunft: 24. Februar 1966, 17.08 Uhr

Citissime

Betr.: Schweizer Einstellung zur Deutschlandpolitik<sup>1</sup>

hier: Gespräch Staatssekretär Carstens–Botschafter Tröndle<sup>2</sup>

Bezug: Erlaß vom 11. 2. 1966 St.S. 278/66 VS-v<sup>3</sup>

1) Für Deutschland zuständiger Unterabteilungsleiter Eidgenössischen Politischen Departements, Dr. Janner, kam 22. 2. in Gespräch mit meiner Vertreterin<sup>4</sup> von sich aus auf umstrittene Frage Aufnahme Berlin-Klausel in Abkommen über Finanzierung Ausbau Rheins zu sprechen.

a) Er erklärte, Botschafter Tröndle habe Weisung erhalten, Angelegenheit nochmals mit Staatssekretär Carstens zu besprechen und hierbei mit Rücksicht auf schwierige politische Lage Deutschlands und gute deutsch-schweizerische Beziehungen eine dem Sprichwort „Der Klügere gibt nach“ entsprechende Haltung einzunehmen, allerdings auch zu erklären, daß Schweiz ihren grundsätzlichen Standpunkt hinsichtlich Einbeziehung oder Nicht-Einbeziehung Berlins in künftige bilaterale deutsch-schweizerische Verträge aufrechterhalte. Dieser bestehe darin, daß schweizerische Regierung Einschluß Berlins stets zu akzeptieren bereit sei, wenn Berliner Interesse[n] durch Vertragsinhalt auch nur entfernt berührt werden könnten. Sie sträube sich nur dagegen, wenn diese Interessenverbindung überhaupt nicht zu konstruieren sei.

<sup>7</sup> Zur Verteidigungshilfe für Griechenland und die Türkei vgl. weiter Dok. 178 bzw. Dok. 183.

<sup>8</sup> Paraphe vom 23. Februar 1966.

<sup>1</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 27.

<sup>2</sup> Der schweizerische Botschafter Tröndle teilte Staatssekretär Carstens am 25. Februar 1966 die Entscheidung der Schweiz mit, der Aufnahme einer Berlin-Klausel in das geplante Abkommen über den Ausbau des Rheins zuzustimmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Carstens; VS-Bd. 420 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>3</sup> Der schweizerische Botschafter Tröndle schlug Staatssekretär Carstens am 11. Februar 1966 vor, die Berlin-Klausel in dem geplanten Abkommen über den Ausbau des Rheins durch eine einseitige Erklärung der Bundesregierung zu ersetzen. Carstens sicherte eine Prüfung dieser Frage zu. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Carstens; VS-Bd. 2451 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>4</sup> Legationsrätin I. Klasse Scheibe.

b) Eidgenössisches Politisches Departement sei im übrigen verstimmt gewesen über den in Punkt 6 Memorandum Auswärtigen Amts vom 20. Januar 1966 (s. Aufzeichnung Referat V 1-83. SV-1131-27/66 VS-v vom 24.1.1966)<sup>5</sup> enthaltenen, die Intelligenz der Schweizer unterschätzenden Versuch, der Schweiz die Politisierung des Problems anzulasten und sich auf deutscher Seite auf diskutierbare Rechtsargumente zurückzuziehen statt zuzugeben, daß es sich für uns um ein Politikum ersten Ranges handele.

2) Anlässlich Gesprächs mit Staatssekretär Carstens soll Botschafter Tröndle ferner nochmals Haltung der Schweiz – als Gastland internationaler Organisationen – in Frage Gewährung von Einreisevisen für SBZ-Angehörige zur Beobachtung internationaler Konferenzen darlegen und bitten, möglichst von Interventionen mit dem Zwecke, Ablehnung Einreisevisen zu erwirken, abzusehen (vgl. Drahtbericht Nr. 12 vom 4.2.1966 VS-v<sup>6</sup>).

3) Botschafter Tröndle soll schließlich erläutern, warum Eidgenössisches Politisches Departement sich außerstande gesehen hat, Wunsch Auswärtigen Amts zu erfüllen, Bezeichnung „Dienststelle der Bundesrepublik Deutschland“ in Alger in „Deutsche Dienststelle“ umzubenennen (vgl. hierzu Erlaß vom 1. Februar 1966 I B 4-82.06-90.09<sup>7</sup>).

Dr. Janner erklärte, nach Ansicht Eidgenössischen Politischen Departements überbewerte Bundesregierung Bezeichnungsfrage. Bei Insistieren auf Kurzbezeichnung könne sie gegenüber gewissen Partnern Verstimmung hervorrufen, die Wahrung wichtiger materieller Interessen gefährde. Meine Vertreterin betonte demgegenüber, daß Verwendung gewünschter Bezeichnung als eines unserer Mittel zur Durchsetzung Alleinvertretungsrechts nicht hoch genug einzuschätzen sei.

Nach Auffassung Botschaft ist eigentlicher Grund negativer Haltung Eidgenössischem Politischem Departements in Nichtanerkennung Alleinvertretungsrechts zu suchen (vgl. Bericht Tgb. Nr. 17 vom 23.2.1966 IB 4-82.06 VS-v<sup>8</sup>; folgt mit Kurier).

gez. v. Welck

VS-Bd. 4136 (II A 1)

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 12.

<sup>6</sup> Botschafter Freiherr von Welck, Bern, berichtete, daß dem Stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Stibi, sowie dem Abteilungsleiter und dem Referatsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Graf Thun und Krüger, Einreisevisa erteilt worden seien, um die Verhandlungen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf zu beobachten. Ein Mitarbeiter des Eidgenössischen Politischen Departements habe dazu den Grundsatz erläutert, wonach der „Einreise Angehöriger nicht anerkannter Staaten zum Zwecke [der] Kontaktaufnahme während internationaler Konferenzen auf Schweizer Boden grundsätzlich nichts in den Weg“ gelegt würde. Vgl. VS-Bd. 3979 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966. Zum Aufenthalt der DDR-Delegation in Genf vgl. auch Dok. 50.

<sup>7</sup> Für den Erlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer vgl. Referat I B 4, Bd. 205. Staatssekretär Carstens hielt dazu am 25. Februar 1966 den Hinweis des schweizerischen Botschafters Tröndle fest: „In Algerien sei mit Mühe erreicht worden, daß die deutsche Restvertretung ihre Kulturarbeit fortsetzen könne. Jetzt werde verlangt, daß in der Bezeichnung dieser Tätigkeit der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck komme. Darauf könne sich die Schweiz bei allem Verständnis, das sie für unsere Politik habe, als unsere Schutzmacht nicht einlassen.“ Vgl. VS-Bd. 420 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>8</sup> Botschafter Freiherr von Welck, Bern, vermutete, daß der „wahre Grund für die a limine-Zurück-